

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,00 Mark monatlich, 1,00 Mark wöchentlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Annoncen...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 21. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Englands Kriege und Englands Staatsschuld.

Von Ed. Bernstein.

I.

Am Vorabend des jetzigen Krieges belief sich Englands konsolidierte Staatsschuld in deutscher Währung ausgedrückt auf rund 12 Milliarden Mark...

Frägt man, wie England zu dieser hohen Staatsschuld kam, in welche mehr als eine Milliarde Mark werbende Anleihen nicht eingeschlossen sind...

Unter Wilhelm III. von Oranien, der 1689 auf den Thron kam, setzten die Kriege Englands mit Frankreich zu erst wegen der pfälzischen, dann wegen der spanischen Erbfolge ein...

Für die englischen Finanzen war das Ergebnis, daß Englands Staatsschuld beim Tode der Anna auf 750 Millionen Mark angeschwollen war.

Der Thron von England ging auf Angehörige des Welfenhauses Hannover-Braunschweig über, die gleichzeitig Kurfürsten von Hannover waren...

Neben dynastischen Interessen und Rassen spielen nun Interessen der handeltreibenden und industriellen Bourgeoisie und der nach Gold und ertragreichen Staatsposten lüsterne Spröhlinge der Grundbesitzenden Aristokratie eine immer größere Rolle bei der Ansetzung von Kriegen...

Dieser Zuwachs, schreibt das Finanzreform-Jahrbuch (Almanach), ist dem Krieg mit Spanien um das Recht auf Unterjochung...

1776 beginnt der Unabhängigkeitskampf der Amerikaner. Seine wirtschaftliche Ursache wird vom Finanzreform-Jahrbuch wie folgt entwickelt:

Die Grundbesitzer setzten 1767 die Bodenabgaben von 4 Schilling auf 8 Schilling für das Pfund Sterling Steuerwert herab, lehnten aber die Abschätzung des Steuerwerts nach dem Jahresertrag...

So das - bemerken wir noch einmal - bürgerlich liberale Jahrbuch.

Im Sturm der Riesenschlachten.

Von Richard Gädle.

Im großen betrachtet hat sich die Gesamtlage auf allen Kriegsschauplätzen während der letzten sieben Tage bis zum 16. Juli nicht allzusehr verschoben.

Im Osten und im Westen haben unsere Gegner an verschiedenen Stellen der ausgedehnten Westfront vorzusehen können, an anderen sind sie abgewiesen worden.

Im Westen hatten die Engländer anfänglich nur geringe Erfolge errungen und mit dem Ungestüm der Franzosen zu beiden Seiten der Somme nicht gleichen Schritt gehalten.

Die Franzosen ihrerseits versuchten am 11. und 13. Juli vergeblich, ihre Front südlich der Somme nach ihrem rechten Flügel hin, gegen Vellois-Cobecourt zu erweitern.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hatten die Russen bekanntlich etwa gleichzeitig mit der großen Offensive im Westen ihre Angriffe gegen die deutschen Heere nördlich der Pripiet-Sümpfe ausgedehnt.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hatten die Russen bekanntlich etwa gleichzeitig mit der großen Offensive im Westen ihre Angriffe gegen die deutschen Heere nördlich der Pripiet-Sümpfe ausgedehnt.

laufes vorgebrungene Abteilungen durch einen Gegenstoß zurückgeworfen.

Inzwischen wurde auch die Heeresgruppe des Grafen Potemkin in Ostgalizien, westlich der Strypa, mehrfach hart angegriffen, ohne daß es den Russen gelang, hier nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Es zeigt sich deutlich, daß der große wichtige Stoß auf der ganzen 350 Kilometer langen Front, mit dem die Russen ihre Offensive am 4. Juli begonnen hatten, im Laufe des Monats Juli nicht mehr in dem gleichen Maßstabe durchgeführt werden konnte.

So branden im Westen wie im Osten zwei starke Wogen feindlicher Heere ungestüm gegen die eiserne Wehr unserer Heere.

In Armenien scheinen die Russen seit Mitte des Monats Juli ihren längeren Zeit gehemmten und sogar zurückgeworfenen Angriff westlich Erzerum von neuem aufgenommen zu haben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Kriegslage.
Berlin, 20. Juli. (B. A. P.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem Titel: „Wer hat die Initiative der Kriegsführung?“

Über das neutrale Ausland ist bekannt geworden, daß der Vertreter der „New York World“, Herr von Wiegand, seinem Blatte ein Telegramm über die Lage der Mittelmächte zugesandt hat...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Kriegslage.

Berlin, 20. Juli. (B. A. P.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem Titel: „Wer hat die Initiative der Kriegsführung?“

Über das neutrale Ausland ist bekannt geworden, daß der Vertreter der „New York World“, Herr von Wiegand, seinem Blatte ein Telegramm über die Lage der Mittelmächte zugesandt hat...

Das äußere Bild der augenblicklichen Lage könnte allerdings bei dem nicht militärisch gebildeten Leser vielleicht den Eindruck erwecken, als ob die Mittelmächte sich zurecht tatsächlich auf allen Kriegsschauplätzen in der strategischen Defensive befänden.

Der Angriff der Russen in Galizien sowie der der Engländer und Franzosen an der Somme setzten nicht gleichzeitig ein, sondern

nacheinander und zu einem verfrühten Zeitpunkt, zu dem weder die Russen noch die Engländer zum Angriff bereit waren. Es ist daher ein trügerischer Schluss, wenn unsere Feinde heute behaupten, den Mittelmächten das Geschick des Handels durch ihre jetzige Offensive vorzuschreiben. Sie ist sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes des Beginns als auch der Art der Ausführung weniger ein Ergebnis der freien Initiative unserer Feinde, als vielmehr ein Ergebnis der Erfolge der Deutschen vor Verdun und der Oesterreicher und Ungarn in Tirol. Nicht die Ententemächte, sondern die Mittelmächte sind mithin Herren der strategischen Lage, in ihrer Hand liegt daher auch nach wie vor die Initiative der Kriegführung.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Die Nacht war ruhig auf dem größten Teil der Front. Zwei deutsche Handstreichs gegen kleine Posten in der Gegend von Paschendaale (Belgien) und gegen Paissy (nördlich der Aisne) scheiterten in unserem Feuer. Auf dem rechten Maasufer hält der Artilleriekampf im Abschnitt von Fleury sehr lebhaft an. Die Franzosen hatten einige Fortschritte im Handgranatentkampf bei Chapelle-Sainte-Fine zu verzeichnen.

Paris, 20. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Südlich der Somme ermdigte uns eine kleine, von uns südlich Estrées durchgeführte Unternehmung, einige Schützengräben zu nehmen und etwa 60 Gefangene zu machen. An der Front von Verdun Verchiebung unserer ersten und zweiten Linien im Abschnitt der Höhe 804. Lebhafteste Artillerietätigkeit in dem Abschnitt von Fleury ohne Infanteriegefecht. In Eparges wurde ein Angriffsvorstoß auf einen unserer kleinen Posten abgewiesen.

Flugwesen: Ein deutsches Flugzeug wurde durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze in der Nähe von Braine östlich Soissons zum Absturz gebracht; die Insassen wurden gefangen genommen.

Belgischer Bericht: Unsere Batterien aller Kaliber nahmen heute das Zerstückungsfeuer auf die deutschen Werke in der Gegend von Voeringhe—Steentraets wieder auf. Erkundungen durch unsere Truppen stellten die vollständige Zerstörung der feindlichen Arbeiten fest, die durch unser früheres Feuer nördlich Dignulde und bei Petjas hervorgerufen worden war.

Die englische Meldung.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Amtlich. Galt berichtet: Nach sehr heftigen Angriffen der Deutschen in sehr dichten Massen auf unsere Stellungen östlich von Vazentin, die gestern nachmittag um 5 Uhr 30 Minuten begannen, wurde die ganze Nacht hindurch gekämpft. Es gelang dem Feinde, nachdem er sehr schwere Verluste erlitten hatte, mit Hilfe von bedeutenden Verstärkungen die Stellung im Walde von Delville zurückzuerobern und an der nördlichen Peripherie von Longueval festen Fuß zu fassen. Der Kampf um diesen Punkt ist noch immer heftig. Sonst brachen die feindlichen Angriffe einschließlich dreier selbständiger Sturmangriffe auf den Bauernhof von Waterloo vollständig in unserem Feuer zusammen.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Nördlich der Somme geht der schwere Kampf noch im Dorfe Longueval und im Delville-Gebölz weiter. An beiden Stellen haben wir zum größten Teil das in der vergangenen Nacht verlorene Gelände wiedererobert. Heute nachmittag zerstreuten wir durch unser Feuer eine große deutsche Truppenmacht, die sich aus der Richtung von Guisemot zum Angriff auf die Waterloo-Baum sammelte.

Die englischen Verluste.

Nach allen Nachrichten müssen die Verluste der Engländer in den ersten Tagen der Offensive außerordentlich groß gewesen sein. Das bestätigen auch Briefe, die bei gefangenen Soldaten vom XVI. und XVII. March. N. vorgefunden wurden. Einige Stellen aus ihnen seien hier wiedergegeben:

„... Ich denke, Du wirst von unserem ruhmvollen Angriff der deutschen Linien am 1. und 2. Juli gehört haben; es war eine glänzende Leistung, aber wir haben teuer dafür bezahlen müssen. Ich bin unversehrt zurückgekommen; aber es ist ein reines Wunder, daß irgendeiner von uns heute noch am Leben ist. Niemals in meinem Leben war ich in einer solch wahrhaftigen Hölle. ... Wir stürmten aus den Gräben um 8.30 am Sonnabend früh, und wir sind nicht sehr weit gekommen, als unsere Leute schon wie „Regel“ rechts und links fielen; was von uns übrig blieb, nahm die Stellung. Wir gruben uns ein, aber kaum war dies geschehen, als die Deutschen begannen, uns in einer Weise zu beschleichen, daß wir uns gegenseitig alle Viertelstunden auszugraben hatten. Wir waren ganz erschöpft, als wir endlich gegen Abend abgelöst wurden. Ich will ähnliches in meinem ganzen Leben nicht mehr mitmachen; ich kann meinem guten Stern danken, daß ich noch am Leben bin.“

„... Wir rückten ungefähr zwei Meilen über offenes Gelände unter einem Hagel von Geschossen vor; links und rechts fielen die Kameraden zu Tode getroffen oder schwer verwundet. Ich kann mich glücklich schätzen, daß ich lebend durchgekommen bin; ich bin der Ansicht, daß je eher die Sache vorbei ist, desto besser. Ich will an keiner anderen Schlacht mehr teilnehmen.“

„... Du wirst in den Zeitungen von der britischen Offensive gelesen haben. Ich werde es bis in meine Lebensjahre nicht vergessen. Freitag nacht marschierten wir in die Gräben und warteten auf die Zeit, bis das Kommando zum Sturm gegeben wurde. Man lachte und machte Witze darüber, wie man aus dem Graben heraus zum Angriff vorgehen würde; aber so mancher arme Kerl dachte nicht daran, daß es sein Tod sein würde. Wir kamen bis über den ersten deutschen Graben hinaus, während ihre Geschütze uns die Hölle gaben. Hier verblieben wir für kurze Zeit, da das Artilleriefeuer zu schlimm war. Aber wir hatten Befehl, das Dorf unter allen Umständen zu nehmen, was uns auch gelang — aber unter welchen Verlusten! Ich will Gleiches nicht mehr durchmachen; jeder, der anders spricht, ist ein eitles Prahlwerk oder er ist verrückt.“

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 20. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 19. Juli, nachmittags.

Westfront: Gestern morgen warfen vier feindliche Flugzeuge dreizehn Bomben auf Meval ab. In den Rigarr Stellungen dauert der Artilleriekampf an. Am Mladziol-See machte unsere Infanterie in gutem Zusammenwirken mit der Flottenflotille des Leutnants Dikowski einen nächtlichen Lieberfall auf die Deutschen, der unter ihnen eine große Panik hervorrief. Südlich der Duna bis zu den Pinksler Schlüpfen war die Fliegeraktivität des Feindes sehr heftig. Am Stochob haben sich stellenweise Artilleriekämpfe entwickelt. Nördlich des Campes bei Dzhir (5,5 Kilometer nördlich Stochob) wurde ein feindlicher Angriffsvorstoß durch unser Feuer vereitelt.

Galizien: Nach eingegangenen Meldungen ist der Pegel des Dnjesters infolge des Regens beinahe um 2 1/2 Meter gestiegen. Der Fluß hat alle Brückenunterstützungen und die Häfen der Oesterreicher weggespült.

Linke Flügel: Im Raume zwischen dem Czarny- und Vialy-Czeremob südwestlich Ruty machte unsere Infanterie auf das Gebirge zu einige Fortschritte.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. Juli 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen dem Meere und der Aisne vielfach lebhafteste Feueraktivität und zahlreiche Patronillen-Unternehmungen. Mit erheblichen Kräften griffen die Engländer unsere Stellungen nördlich und westlich von Fromelles an; sie sind abgewiesen und wo es ihnen einzudringen gelang, durch Gegenstoß zurückgeworfen. Ueber 300 Gefangene, darunter eine Anzahl Offiziere, fielen in unsere Hand.

Beiderseits der Somme sind schwere Kämpfe im Gange. Nördlich des Flusses wurden sie gestern durch starke englische Angriffe gegen Longueval und das Gehölz Delville eingeleitet, in die der Gegner wieder einbrang; unserem Gegenangriff mußte er weichen; er hält noch Teile des Dorfes und des Gehölzes. Heute früh setzten auf der ganzen Front vom Foureaux-Waldchen bis zur Somme englisch-französische Angriffe ein; der erste starke Ansturm ist gebrochen.

Südlich des Flusses griffen die Franzosen nachmittags in der Gegend von Velloz zweimal vergeblich an und sind heute in der Frühe im Abschnitt Estrées-Sohecourt bereits dreimal blutig abgewiesen; aus einem vorspringenden Graben bei Sohecourt wurden sie im Bajonettkampf geworfen.

Die Artillerien entfalten auf beiden Somme-Ufern größte Kraft.

Auf Teilen der Champagnefront zeitweise lebhaftere Artilleriekämpfe. In den Argonnen Minenwerferkämpfe, im Maasgebiet keine besonderen Ereignisse, auf der Combres-Höhe eine erfolgreiche deutsche Patronillen-Unternehmung.

Bei Arras, Peronne, Biaches und bei Bermand sind feindliche Flugzeuge abgeschossen, zwei von ihnen durch die Leutnants Wintgens und Höhdorf. Dem Leutnant Höhdorf, der erst am 15. Juli, wie nachträglich gemeldet wurde, einen französischen Doppeldeder südöstlich von Peronne abgeschossen hat, ist von Seiner Majestät dem Kaiser der Orden Pour le mérite verliehen worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Auch gestern hatte der Feind mit seinen am Nachmittag wieder aufgenommenen Angriffen beiderseits der Straße Elan—Kellau (südöstlich von Riga) keinerlei Erfolg; er hat nur seine großen Verluste noch erhöht.

Russische Patronillen und stärkere Aufklärungsabteilungen sind überall abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Im Anschluß an lebhaften Handgranatentkampf in der Gegend von Strabowa griffen die Russen an und wurden glatt abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Im Stochob-Knie nördlich von Sokul unternahm österreichisch-ungarische Truppen einen Vorstoß, warfen die Russen aus der vordersten Linie und kehrten planmäßig in ihre Stellung zurück.

Südwestlich von Lutz haben deutsche Truppen die Stellung in die allgemeine Linie Tereziowicz—Tseljarow wieder vorgeschoben.

Der Feind steigerte an der unteren Lipa und in Gegend von Werben sein Feuer.

Armee des Generals Grafen v. Bathyra keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina und nördöstlich des Prissop-Sattels keine Ereignisse von Belang. Bei Jabie und Tatarow hielt auch gestern die Kampfaktivität in wechselnder Stärke an. An der galizischen Front nördlich des Dnjester stellenweise Vorpostengefechte. In Wolhynien drängten deutsche Truppen den Feind westlich der von Zwininacz nordwärts führenden Niederung zurück. Im Stochob-Knie südöstlich von Ruzsowka überfielen österreichisch-ungarische Abteilungen eine vorgeschobene Schanze der Russen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschütztätigkeit war im allgemeinen gering; nur einzelne Abschnitte der Tiroler Ostfront und des Kärntner Grenzgebietes fanden zeitweise unter lebhafterem Feuer der feindlichen Artillerie.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Dojusa Geplänkel. Die Besatzung einer süd-dalmatinischen Insel schickte einen italienischen Flieger ab. Das Flugzeug ist verbrannt; die Insassen wurden gefangen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Poeser, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 14. auf den 15. wurden von unseren Torpedobooten in der mittleren Adria ein italienisches Unterseeboot, zwölf Stunden später in der südlichen Adria ein Unterseeboot unbekannter Flagge vernichtet. Von beiden Bemannungen konnte niemand gerettet werden; unseersseits keine Verluste. Am 19. früh überflogen drei italienische Seerküstenflugzeuge das nördliche Inselgebiet und warfen einige Bomben auf Östlichleitern und gegen verankerte und fahrende Dampfer, ohne den geringsten Schaden anzurichten. Zwei Flugzeuge wurden zum Niedergehen gezwungen, davon das eine ganz unbeschädigt von einem Torpedoboot eingebracht. Die Insassen beider Flugzeuge, drei Offiziere und ein Unteroffizier, wurden unverwundet gefangen genommen.

Flottenkommando.

Kaukasus: Der rechte Flügel der Kaukasusarmee gewann bei Djevizit südlich Trapezunt, bei Balurt und westlich davon erhebliche Gelände. Die feindlichen Nachhut wurden überall geworfen. In den letzten Tagen brachten unsere Kolonnen 85 türkische Offiziere, mehr als 1200 Soldaten, ein schweres Geschütz und fünf Maschinengewehre ein.

Petersburg, 20. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 19. Juli abends. Westfront und Kaukasus: Die Lage ist unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 19. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Im Ledertal und im Lagarinatal hielt die feindliche Artillerie unsere Stellungen unter heftigem Feuer. Unsere Batterien erwiderten energisch. Auf dem Rasubio griffen in der Nacht zum 18. starke feindliche Abteilungen unsere Linien an, wurden aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Im oberen Posinatal begannen gestern nach Artillerievorbereitung unsere Truppen wieder ihre Angriffe auf die Abhänge des Corno del Coston. Die feindlichen Batterien, die während unserer Verchiebung geschwiegen hatten, begannen darauf einen kräftigen und schnellen Geschößhagel. Unseren Infanterietruppen gelang es jedoch, sich neuer Stellungen auf den unzugänglichen und felsigen Abhängen des Gebirges zu bemächtigen. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe, die besonders lebhaft im oberen Voltetale, am Eingang zum Seseratal, wohin der Gegner neue Batterien schweren Kalibers gebracht hatte, und auf den Höhen westlich von Górz waren. Ein feindlicher Flieger warf zwei Bomben auf Morostica, wodurch es einige Opfer gab und leichter Schaden angerichtet wurde. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Juli. (W. Z. V.) Hauptquartiersbericht.

Von der Front keine neue Nachricht.

An der persischen Front östlich von Kermanschah keine Veränderung. Die russischen Streitkräfte östlich von Sineh, die unsere Abteilungen angriffen, wurden verjagt und ließen eine große Anzahl Toten zurück. Im Kaukasus machten auf dem rechten Flügel unsere vorgeschobenen Abteilungen erfolgreiche Lieberfälle auf den Feind. Im Zentrum und auf dem linken Flügel keine Unternehmung von Bedeutung, abgesehen von Feuergefechten.

Von den übrigen Fronten ist nichts zu melden.

Verhaftung ententefeindlicher griechischer Offiziere.

Paris, 19. Juli. (W. Z. V.) Die Agence Havas läßt sich aus Athen melden: Das „Amtsblatt“ veröffentlicht als Abschluß der Vorgänge in Saloniki einen Erlaß, welcher vier Offiziere wegen Verstoßes gegen die Standespflichten für ein Jahr vom Dienste enthebt und über fünf Reserveoffiziere je zwei Monate Gefängnis verhängt. Die Presse drückt ihre Genugtuung über die Lösung aus. Im Laufe eines Ministerrates tauschten die Minister ihre Meinungen darüber aus und kamen zu der Ansicht, daß diese Lösung die Beziehungen zu der Entente noch verbessern würde, welche schon im Begriff sind, in jeder Beziehung herzlich zu werden. Nach dem Wlatie „Embros“ sehen die Vierverbandsmächte die Lage mit Wohlwollen und Vertrauen an; das läßt die Lösung aller noch schwebenden Fragen erhoffen.

Sechs englische Fischerfahrzeuge versenkt.

Amtlich. Berlin, 20. Juli. (W. Z. V.) Am 17. Juli wurden an der englischen Ostküste von unseren U-Booten sechs englische Fischerfahrzeuge versenkt.

Freilassung eines englischen Dampfers.

Berlin, 20. Juli. (W. Z. V.) Die Freilassung des gestern von einem deutschen Torpedoboot an der Südostküste Schwedens aufgebracht britischen Dampfers „Adams“ ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, sofort angeordnet worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Aufbringung des Schiffes innerhalb des schwedischen Hoheitsgebietes stattgefunden hatte.

U-Boot-Debatte im Unterhaus.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Im Unterhause wünschte Bingley zur Verhütung der Verdüsterung an der nordöstlichen Küste, daß besondere Vorkehrungsmaßnahmen gegen Angriffe von Unterseebooten oder anderen Seestreitkräften getroffen werden, in Anbetracht dessen, daß der letzte Streifzug eines Unterseebootes gegen den Abschnitt von Seaham, wenn er auch mißglückt sei, doch deutlich zeige, daß solche Angriffe möglich seien. Die Kamara erwiderte namens der Admiralität: Es ist nicht möglich, ein gelegentliches Ereignis feindlicher Unterseeboote im Bereich der Küsten zu verhindern, doch ich kann die Versicherung geben, daß die bereits getroffenen und noch bevorstehenden Maßnahmen dagegen derart sind, daß sie ein Vorgehen dieser Art immer gefährlicher für Unterseeboote machen.

Zur Ausfahrt der „Deutschland“.

Baltimore, 18. Juli. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die „Deutschland“ lag am frühen Morgen noch immer am Pier, obwohl gestern abend alle Anzeichen dafür sprachen, daß sie bereit war, jeden Augenblick auszufahren. Ein Schlepddampfer liegt unter Dampf an der Seite des U-Boots; eine Baraffe, die im Hafen patrouillierte, versuchte Baraffen mit Journalisten dazu zu bewegen, sich zu entfernen. Es wurde den Journalisten bedenklich, daß sie die Pläne des Unterseebootes störten.

New York, 19. Juli. (Punktspruch vom Vertreter des W. Z. V.) Associated Press berichtet aus Washington: Wenn die Nachricht von der Abfahrt des Handelsschiffes „Deutschland“ als wertvolle militärische Nachricht für die Feinde Deutschlands angesehen werden kann, werden die Vereinigten Staaten im Interesse ihrer Neutralität Schritte tun, um zu verhindern, daß eine solche Nachricht sie erreicht. Die Beamten des Staatsdepartements gaben zu verstehen, daß sie die Frage in Erwägung ziehen, wie die Neutralität der Regierung in der Angelegenheit zu schützen sei. — In einem Leitartikel der „Evening Post“ heißt es: Die Entscheidung der Marinekommission, daß die „Deutschland“ ein Handelsschiff ist und nicht ohne weiteres in ein Kriegsschiff verwandelt werden kann, erlebte die von den Besatzung der Alliierten aufgeworfenen Fragen. Daher hat von jetzt an die „Deutschland“ als U-Bootsbeute zu gelten, der der Besatzung unterliegt und auf einen Warnungsschuss Anspruch hat, wenn er durch ein feindliches Fahrzeug eingeholt wird. Wir dieser Entscheidung nimmt die öffentliche Meinung über ein. Wir glauben auch, daß die Herstellung eines wöchentlichen Verkehrs durch Unterseeboote in Hinblick auf die englische Störung des amerikanischen Postverkehrs äußerst willkommen sein wird. Was für ein Recht hat England, zu sagen, daß keine deutsche Zeitungen unser Land erreichen sollen? Was für ein Recht hat es, alle amerikanischen Zeitungen an der Verbreitung in Deutschland zu hindern? Was hofft die englische Admiralität wirklich zu erreichen, wenn es die Amerikaner am Besen deutscher Wälder hindert oder umgekehrt? Jedesmal, wenn sie so töricht handelt, versetzt sie sich einfach in gleichem Maße die Sympathien der Amerikaner.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Neuter-Meldung. Amtlich. General Smuts berichtet, daß feindliche Streitkräfte, die seine Verbindungen nördlich von Handeni und anderen Punkten bedrohten, den Tanganjika hinabgetrieben wurden. Eine britische Abteilung, die in Kogoro, am Südufer des Viktoriasees gelandet wurde, besetzte Mwanja, das der Feind nach geringem Widerstand räumte.

Deutsch-italienische Rechtsbeziehungen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In der italienischen Presse wird seit einigen Tagen in durchsichtiger Absicht der Versuch betrieben, die öffentliche Meinung Italiens durch unrichtige oder entstellte Behauptungen über deutsche Maßnahmen auf dem Gebiete des Privatrechts irrezuführen. Es erscheint angezeigt, diesen Treibern den einfachen Tatbestand gegenüberzusetzen.

Am 21. Mai 1915, also unmittelbar vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wurde zwischen dem Staatssekretär v. Jagow und dem italienischen Votschafter Volpi eine Verständigung wegen der Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und ihres Eigentums für den Fall eines Krieges getroffen. Die Verständigung sicherte den beiderseitigen Staatsangehörigen den Schutz ihrer Person und ihres Eigentums zu, dergestalt, daß alle die Maßnahmen, die England, Frankreich und Rußland in völkerrechtswidriger Weise getroffen haben, wie die Internierung von Zivilpersonen, die Sequestration oder Liquidation von Privateigentum, die Vereinstückung von Patentrechten sowie das Verbot der Erfüllung privatrechtlicher Forderungen zwischen Deutschland und Italien nicht stattfinden sollten. Darüber hinaus wurde den Verwehrem von Unfallversicherungsrenten deren Fortbezug gewährleistet. Auf die in den Häfen der beiden Länder liegenden Kauffahrtschiffe des anderen Teiles sollten die Regeln des Sechsten Haager Abkommens über die Behandlung der feindlichen Kauffahrtschiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten Anwendung finden.

Da der Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien bisher nicht eingetreten ist, war die Verständigung ihrem Wortlaut nach nicht anzuwenden; indes konnte nach ihrem Sinn und Zweck kein Zweifel darüber bestehen, daß die beiderseitigen Vertragsrechte vor Eintritt eines Kriegszustandes nicht unangenehm behandelt werden durften, als es für den Kriegsfall vorgesehen war. Neben der Verständigung waren selbstverständlich, solange der Kriegszustand nicht bestand, auch die Bestimmungen des deutsch-italienischen Handelsvertrages vom 8. Dezember 1901 zu beobachten. Die italienische Regierung hat sich jedoch sowohl den Verpflichtungen des Handelsvertrages wie denen der Wiener Verständigung in willkürlicher Weise entzogen.

Der ersten gröblichen Verletzung des Handelsvertrages machte sich die italienische Regierung unter dem Drucke Englands schuldig, als sie am 8. November 1915 die in italienischen Häfen liegenden deutschen Kauffahrtschiffe requirierte, obwohl nach Artikel 4 Absatz 2 des Handelsvertrages die Deutschen in Italien von allen militärischen Requisitionen und Leistungen befreit sind und obwohl nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen neutrale Kauffahrtschiffe nicht der militärischen Requisition unterliegen. Den nächsten Schritt bildete die am 10. Februar 1916 — dem Tage der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten Briand in Rom — veröffentlichte Verordnung vom 4. Februar, wodurch in offenbarem Widerspruch mit dem Handelsvertrag jeder mittelbare oder unmittelbare Warenverkehr mit Deutschland bei Strafe der Konfiskation verboten wurde.

Ähnlich wie mit dem Handelsvertrag verfuhr die italienische Regierung mit der vorerwähnten Verständigung. Zunächst gingen die italienischen Behörden planmäßig darauf aus, die Einziehung deutscher Forderungen, namentlich die Abhebung von Bankguthaben, durch Maßnahmen der Postzensur und durch entsprechende „Winfle“ an Großbanken zu verhindern. Im März 1916 wurde sodann den schweizerischen Banken von ihren italienischen Geschäftsfreunden mitgeteilt, daß zufolge amtlicher Anordnung Zins- und Dividendenscheine nach Italien nicht befördert werden dürften, wenn sie nicht von einer eidgenössischen Versicherung begleitet wären, wonach der Eigentümer weder einem Italien feindlichen Staate noch den Verbündeten eines feindlichen Staates angehört. Damit war also die Einziehung von Zins- und Dividendenscheinen aus deutschem Besitz förmlich verboten.

Ein weiterer Verstoß gegen die Verständigung bestand darin, daß die italienische Regierung sich grundsätzlich weigerte, für requiriertes deutsches Eigentum, insbesondere für die requirierten Schiffe und deren Ladungen, während des Krieges Entschädigungen zu zahlen, obwohl sie hierzu nach dem durch die Verständigung für anwendbar erklärten Sechsten Haager Abkommens verpflichtet war. Ferner stellten die Generaldirektionen der Handelsmarine für die amangewiesenen gelochten deutschen Waren Bestimmungen auf, die den Eigentümern nur die Wahl zwischen Zwangsversteigerung oder Verkauf zu Schleuderpreisen ließen.

Bei allen diesen Maßnahmen hat die italienische Regierung den deutschen Reklamationen gegenüber mit haltlosen Gründen den Standpunkt zu vertreten gesucht, daß eine Vertragsverletzung nicht vorliege. Am 30. April 1916 aber — der Besuch des französischen Ministers Clémentel stand vor der Tür — änderte sie diese Haltung und erteilte eine Verordnung, welche die Einziehung deutscher Forderungen aus Wechseln und anderen Wertpapieren durch ein förmliches Verbot der Einfuhr solcher Papiere nach Italien unterband und den Deutschen durch eine Sonderbestimmung über das Verbot kaufmännischen Briefwechsels überhaupt jede private Wahrung ihrer geschäftlichen Interessen in Italien unmöglich machte.

Die deutsche Regierung hat gegen diese fortwährenden Vertragsverletzungen nachdrücklich Einspruch erhoben. Solange aber noch Aussicht vorhanden schien, die Verständigung aufrecht zu erhalten, hat sie in jeder Weise für deren Einhaltung gesorgt, insbesondere den Banken von der Sperrung italienischer Guthaben abgeraten und eine Reihe von Berufsgenossenschaften, die angesichts des italienischen Verhaltens die Rentenzahlungen einstellen wollten, zur Weiterzahlung bewegen. Darüber hinaus sind sogar in den deutschen Zivilverwaltung genommenen feindlichen Gebieten, wo vor dem Kriege zahlreiche Italiener als Arbeiter beschäftigt waren, die Lohnforderungen dieser Leute durch die deutschen Behörden im Verwaltungsweg eingezogen und an die Beteiligten abgeführt worden.

Trotz dieser loyalen Haltung der deutschen Regierung erklärte die italienische Regierung im Mai 1916, daß sie sich gegenüber der Verständigung „volle Freiheit der Entschädigung“ vorbehalte. Begründet war diese Erklärung mit Behauptungen darüber, daß die deutschen Militärbehörden der Ausreise von Italienern entgegen der Verständigung Schwierigkeiten bereiteten. Nun steht zwar die Verständigung vor, daß die beiderseitigen Staatsangehörigen die Erlaubnis erhalten, das Land des anderen Teiles zu verlassen, fügt aber ausdrücklich hinzu, daß die Ausreise „innerhalb der Fristen und auf Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen bestimmt werden“, erfolgen solle. Danach war es den deutschen Behörden nicht verwehrt, die Erlaubnis zur Ausreise aus triftigen Gründen zeitweise hinauszubalen. Uebrigens hat die deutsche Regierung stets dahin gewirkt, daß Verzögerungen, die nicht aus zwingenden militärischen Gründen geboten waren, vermieden wurden, und noch im Mai 1916 die Oberste Oeresleitung zu einem Eingreifen zwecks schnellerer Erledigung aller schwebenden Ausreisearträge veranlaßt. Sie hatte dadurch den italienischen Behörden jeden Boden entzogen, erhielt aber die Antwort, daß sich die italienische Regierung nicht mehr an die Verständigung für gebunden halte und deshalb jede weitere Erörterung für überflüssig erachte.

Bei diesem Verhalten der italienischen Regierung konnte die deutsche Regierung den Banken, die seit einem Jahre an der Ver-

fügung über ihre Guthaben in Italien gehindert waren, die entsprechende Behandlung italienischer Guthaben nicht länger verweigern. Ebenso wenig ließ sich den Berufsgenossenschaften gegenüber die Tatsache verschweigen, daß die in der Verständigung enthaltene besondere Verpflichtung zur Fortzahlung der Versicherungsrenten an die außerhalb Deutschlands lebenden Italiener weggefallen sei. Die Entschädigungen, die daraufhin Banken und Berufsgenossenschaften gefordert haben, beruhen auf ihrem freien Ermessen und wären unter gleichen Umständen zweifellos jedem Lande gegenüber getroffen worden. Ein Zahlungsvorbot, wie es in der italienischen Presse erwähnt wurde, ist hiernach nicht erlassen.

Zusammenfassend sei festgestellt: Nicht Deutschland, sondern Italien hat den deutsch-italienischen Handelsvertrag und die deutsch-italienische Mailverstandigung gebrochen; nicht Deutschland, sondern Italien hat sich von den durch diese Verträge auferlegten völkerrechtlichen Verpflichtungen ausdrücklich losgerissen. Wenn die italienische Presse die Sache anders darstellt, so ist dies eine gröbliche Verfälschung der öffentlichen Meinung Italiens.

Die Hinrichtung Battistis in italienischer Beleuchtung.

Lugano, 19. Juli. (Z. U.) Der Korrespondent des „Secolo“ in Rom meldet telegraphisch, daß eine hohe juristische Persönlichkeit (wahrscheinlich der bereits mehrfach erwähnte Rivinisti) behauptet, die Hinrichtung Battistis durch Erschlagen sei angeblich eine schwere Verletzung des Völkerrechts; denn Battisti habe italienische Uniform getragen, war italienischer Bürger geworden und durfte daher als italienischer gefangener Soldat nicht hingerichtet werden. Italien sei daher berechtigt, Repressalien zu ergreifen.

Kriegsfragen vor dem Unterhaus.

London, 20. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Der Schatzkanzler beantragte, daß die dritte Lesung der Finanzbill am Tage nach der Beendigung der Kommissionsberatungen stattfinden sollte. Sir Frederic Banbury widersprach, da es auf einen Tag mehr oder weniger nicht ankommen könnte. Der Schatzkanzler erwiderte, die Kriegslage mache die Beschleunigung notwendig. Die täglichen Kriegskosten betragen seit einiger Zeit über 6 Millionen Pfund Sterling und die Wollmachern der Regierung zum Vorgehen seien erschöpft. Banbury fragte, wann die dritte Lesung stattfinden sollte. Der Schatzkanzler sagte: Am Mittwoch oder Donnerstag. Sir Edward Carson meinte, man belägne die Reden der Minister seit, die sie seit zwei Jahren zu halten pflegen. Wenn sie irgend etwas aufgeschoben haben wollten, so beriefen sie sich auf die Notlage des Krieges. Die Regierung glaube alles tun zu können, was sie wolle. Je früher sie mühe, daß die Nation und das Parlament aufgemacht sind, desto besser. Sie sollte im Verkehr mit dem Parlament wenigstens den Schein der Schicklichkeit bewahren.

Es fand eine Abstimmung statt, in der der Antrag der Regierung mit 147 gegen 29 Stimmen angenommen wurde.

Cromwell fragte, welche deutschen Kolonien, abgesehen von denen, die unter dem Kolonialamt und den Regierungen der Dominiums stehen, gänzlich von den Alliierten in Besitz genommen worden seien, und welche Macht im einzelnen Falle für ihre Verwaltung verantwortlich sei. Lord Robert Cecil antwortete: Die Karolinen und die Marshallinseln, mit Ausnahme der Insel Rauru, sowie der Bezirk von Kiautschou werden von der japanischen Regierung verwaltet.

Dillon fragte, ob die Regierung ihren Gedankenaustrausch mit der amerikanischen Regierung über den Charakter der „Deutschland“ sofort dem Parlament vorlegen wolle und ob sie das Unterhaus über den Verlauf der Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten wolle. Lord Robert Cecil antwortete: Die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang und ihre Veröffentlichung wäre jetzt nicht im öffentlichen Interesse. Dillon fragte, ob Cecil die Versicherung abgeben könne, daß die Regierung sich darüber in keinen Streit mit den Vereinigten Staaten einlassen würde, ohne daß das Parlament mit den ganzen Fragen befaßt würde. Cecil erwiderte, er glaube nicht, daß das Haus eine solche Versicherung verlange, aber er wolle mit dem Staatssekretär Rücksprache nehmen.

Astor fragte Chamberlain, ob er amtliche Nachrichten erhalten habe über den Zusammenbruch der Vorkehrungen für Truppentransporte von England nach Indien und ob alsbald die notwendigen Maßregeln ergriffen werden würden, um diesem Zustand abzuhelfen. Chamberlain antwortete: Der Fragesteller meint vermutlich das bemerkenswerte Ereignis, das bei der jüngsten Truppenüberführung von Kanachi vorgekommen ist. Er habe darüber einen ausführlichen Bericht eingefordert.

Asquith sagte auf eine Frage betreffs der Fortdauer des Belagerungszustandes in Irland, er lege die Zuversicht, daß das amerikanische Volk, je mehr es die Tatsachen der irischen Rebellion kennen lerne, erkennen werde, daß man ohne Nachsicht und nur in der Absicht eingeschritten sei, die Ordnung herzustellen und eine Wiederholung zu verhindern.

Die hohe englische Einkommenbesteuerung keine Industriebelastung.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Meldung des Neuterchen Bureau. In Erwiderung auf die Vorstellungen einer Arbeiterabordnung, welche die Besteuerung der Vermögen forderte, gab Premierminister Asquith Einzelheiten über die ungeheure Einkommensteuer und andere Steuern, die von den Einkommen über fünfshundert Pfund Sterling bereits bezahlt würden, und sich in gewissen Fällen auf 60 Prozent beläufen. Er sagte: Sicherlich hat kein anderes Land in der Welt von den wohlhabenden Klassen etwas gefordert, was sich mit dem vergleichen läßt, was wir seit Beginn des Krieges gefordert haben. Ich sage ohne Zaudern, daß meiner Ansicht nach diese Belastung der zunehmenden Besteuerung, so schwer sie auch in gewissen Fällen sein mag, tatsächlich nicht als Hemmschuh auf die Industrie des Landes gewirkt hat. Die Steuer ist außerordentlich gern mit Entfugung und Ergebung von jedem getragen worden, der ihr unterworfen war.

Zum Redaktionswechsel des „Economist“.

Francis W. Hirst richtet im „Economist“ vom 8. Juli Abschiedsworte an die Leser der neun Jahre von ihm geleiteten Zeitschrift, in denen es heißt:

Seit Kriegsausbruch war die Aufgabe eines Schriftleiters, der der Ansicht ist, daß Wahrheit und Patriotismus irgendwie in Einklang gebracht werden müssen, oft recht schwierig und sogar gefährlich. Ob ich mit ihrer Lösung irgendwie erfolgreich gewesen bin, mögen andere beurteilen; jedenfalls kann ich aber sagen, daß trotz meiner scharfen Kritik an einzelnen Abschnitten des Reichsvertragsgesetzes meine Beziehungen zur Presse für sehr gut gewesen sind. Nur einmal wurde von dieser Seite eine Kritik erhoben, und eine befriedigende Erklärung konnte mir gegeben werden. Ueber Gegenwart und Zukunft möchte ich einige Worte hinzufügen. Nach meiner Ansicht steht der finanzielle Bau Westeuropas vor einer nahen Gefahr, und nach einigen wenigen Monaten wird es nicht mehr möglich sein, den Vankerozt mehrerer großer Nationen zu verbergen. Die Liquidation, wie wir sie gelernt haben, und verfassungsmäßige Einrichtungen auf der Grundlage der Volksvertretung sind dem Untergang geweiht, wenn nicht durch Anstrengungen einzelner die Rechte, ohne die wenigstens ein Engländer das Leben

kaum lebenswert finden wird, rasch wiederhergestellt werden. Dazu muß Freiheit und Unabhängigkeit für Presse und Parlament auf irgendeine Weise wieder gewonnen werden.

Ein letztes Wort schulde ich der Zeitschrift und ihren Lesern. Der Finanzredakteur der „Times“ hat gegen mich die Anklage erhoben, daß ich im „Economist“ eine „betäubend pazifistische“ Politik getrieben habe. Gut englisch gesprochen werde ich angeklagt, ein Friedensstifter zu sein. Das betrübt mich nicht. Ich belenne mich schuldig. Meine Hauptaufgabe habe ich während des vergangenen Jahres darin gesehen, die öffentliche Meinung für den Frieden vorzubereiten, indem ich eine Scheidewand zwischen Leidenschaft und Rüge einerseits und Vernunft und Wirklichkeit andererseits aufrichtete. Und dürfte ich glauben, daß ich das Kommen des Friedens um einen Tag beschleunigt und die kostbaren Menschenleben oder Gliedmaßen gerettet habe, die alle vierundzwanzig Stunden verloren gehen, so würde ich glauben, einen Preis gewonnen zu haben, der höher ist als alle Titel, die ein Kaiser seinen Wünstlingen oder ein Minister seinen Anhängern gewähren kann. Daß die zum Frieden führende Verhandlung eine schwierige Aufgabe ist, gebe ich zu; daß aber die Erzielung einer ehrenvollen und dauernden Beilegung des Streites außerhalb der Reichweite einer fähigen Diplomatie wäre, bestreite ich. Daß sie von allen kriegsführenden Nationen gewünscht wird, ist meine feste Ueberzeugung, und daß der Abfall des „Economist“ in den letzten Wochen seinen Höhepunkt erreicht hat, mag als ein Anzeichen dafür gelten, wie Englands Geschäftswelt denkt.

Regierung und Opposition in Bulgarien.

Sofia, 20. Juli. (W. Z. V.) Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Nach einer Reihe der Beratung der zweiten Hälfte des Staatsvoranschlags für das Jahr 1916 gewidmeter Sitzungen, in deren Verlaufe ein Redner der Opposition an der inneren Politik der Regierung Kritik übte, gab Ministerpräsident Radoslawow heute in der Sobranje eine Erklärung ab, in der er ausführte, die Regierung nehme den Vorschlag des Führers der Volkspartei Thodorow an, bloß ein dreimonatiges Budgetprovisorium zu bewilligen mit der formellen Verpflichtung, in der Herbstsession einen ordentlichen Voranschlag zu unterbreiten, und schon jetzt nach der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums einen Entwurf auf die Tagesordnung zu setzen, durch welchen das Gesetz über die soziale Fürsorge, die den Lebensmittelhandel im Lande organisiert, abgeändert und die Frage der Ausfuhr mit dem Auslande geregelt wird. Dieser Entwurf sei von der Regierung im Laufe der vergangenen Woche vorgelegt worden. Der Ministerpräsident versprach außerdem, über verschiedene in der Sobranje zur Sprache gebrachte Fälle von Mißbräuchen eine parlamentarische Untersuchung einleiten zu lassen. Diese Regierungserklärung setzt dem Unbehagen und der Ungewißheit ein Ende, die in der politischen Lage durch die Haltung der Freunde Ghendovs, die seit Beginn dieser außerordentlichen Session der Sobranje sich von der Regierungsmehrheit losgelöst und eine unabhängige Gruppe gebildet hatten, erzeugt war. Ein Einvernehmen zwischen der Regierung und der Opposition erscheint nunmehr als endgültig hergestellt.

Letzte Nachrichten.

Feindliche Fliegerangriffe auf Kandern.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Juli 1916. (W. Z. V.) In der Nacht vom 17. zum 18. Juli hat ein erneuter französischer Fliegerangriff auf eine offene deutsche Stadt stattgefunden. Das Ziel war die kleine Schwarzwalddorfstadt Kandern, in der eine Frau mit ihren vier Kindern getötet wurde. Nach heutigen ergänzenden Nachrichten sind auch die Schwarzwalddorfschaften Holzen und Mappach angegriffen worden. An beiden Orten entstand aber nur unbedeutender Sachschaden. Die drei Ortsschaften liegen, wie alle jenseits des Rheines von unseren Gegnern gewählten Ziele, außerhalb des Operationsgebietes und sind ohne jede militärische Bedeutung.

Deutsche Luftangriffe sind bisher nur gegen Festungen oder gegen Anlagen in Ortsschaften gerichtet worden, die innerhalb des Operationsgebietes als Bahnknotenpunkte, Truppenlager oder Verladestationen im unmittelbaren Zusammenhang mit den Operationen stehen. Alle im französischen Funkpruch vom 28. Juni nachmittags genannten Ortsschaften: Bethune, Amiens, Hazebrouck, Bar-le-Duc, Epervan, Frisnes, St. Die, Gerardmer, Lunéville, Vaccarat und Raon l'Etape, entsprechen diesen Voraussetzungen.

Der erneute französische Angriff gegen die militärisch bedeutungslosen kleinen Schwarzwalddorfschaften zeigt die Angriffe auf Freiburg und Karlsruhe die Absicht, Luftangriffe nicht gegen militärische Anlagen oder Truppen, sondern gegen die friedliche, wehrlose Bevölkerung des Hinterlandes zu richten.

Die Versuche der französischen Heeresleitung, dies als Vergeltungsmahregeln zu rechtfertigen sind nicht stichhaltig. Vielmehr werden wir gezwungen sein, unsere bisher zu Bombenangriffen noch nicht eingesetzten starken Kampfflieger für diesen Zweck zu verwenden. Eine große Zahl friedlicher französischer Städte außerhalb des Operationsgebietes liegt erreichbar für unsere Aufgeschwader vor unseren Linien.

Deutsch-französischer Verwundetenaustrausch.

Konstanz, 20. Juli. (W. Z. V.) Seit Montagabend werden täglich französische und belgische erholungsbedürftige Soldaten von hier nach der Schweiz weiterbefördert. Wie nunmehr feststeht, treffen am Sonntagvormittag mit dem schweizerischen Lazarettzug deutsche Schwerverwundete aus Lyon auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Sie werden, wie bisher, zunächst im Torgeisbau-Lazarett untergebracht und später in ihre Garnisonen verteilt werden.

Vom U-Bootkrieg.

Aberdeen, 17. Juli. (W. Z. V.) Neuter. Die als Patrouillenfahrzeuge ausgerüsteten Fischdampfer „Onward“, „Era“ und „Kellie Ruzie“ wurden von deutschen Unterseebooten versenkt. Off Ueberlebende wurden gerettet.

Freigabe eines holländischen Schoners.

Amsterdam, 20. Juli. (Z. U.) Aus Amuiden wird gemeldet: Nach einem hier eingegangenen Bericht ist der Schoner „Naaderland“, der am 1. Juli von Amuiden mit einer Ladung Eisen nach Gelsen abging, von einem deutschen Marinefahrzeug nach Swinemünde abgebracht worden. Nachdem die Schiffspapiere untersucht und alles in Ordnung befunden worden war, erhielt der Kapitän des Schiffes die Erlaubnis, seine Reise nach Schweden fortsetzen zu dürfen.

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulagen für Lehrlinge.

Die Ausbildung sowohl wie die Entlohnung unserer Handwerkslehrlinge liegt vielfach im argen. So mancher Meister denkt viel eher an den Nutzen, den er selbst aus der Teuerheitsfähigkeit des Lehrlings ziehen kann, als an den, welchen die Lehrlinge aus seiner — des Meisters — Lehrtätigkeit haben sollte. Und wie mit der Ausbildung steht es mit der Entlohnung. In Erinnerung an die Zeit, wo der Lehrling noch überall vom Meister Kost und Logis erhielt, nennt man die Entschädigung des Lehrlings noch immer das „Kostgeld“. Über die Mittel, welche die Eltern für die Beförderung der jungen Leute aufwenden müssen, die sich in einem Lehrverhältnis befinden, sind schon seit Jahrzehnten weit über den Betrag des „Kostgeldes“ hinausgestiegen, und in der Kriegszeit nun gar übertreffen sie dasselbe um ein Mehrfaches.

Wie der „Grundstein“ mitteilt, hat sich der Vorstand des Bauarbeiterverbandes gemeinsam mit dem Vorstand des Zimmerer- und des christlichen Bauarbeiterverbandes um Erhöhung der Lehrlingslöhne an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gewandt. In dem Schreiben des Bauarbeiterverbandes war gesagt, daß er die Absicht habe, zu beantragen, daß die Lehrlingsfrage überhaupt einmal einer gründlichen Aussprache zwischen den am Tarifvertrage beteiligten Organisationen unterzogen werde. Er glaube, daß Unternehmer und Arbeiter ein gemeinsames Interesse daran hätten, die Lehrlingsausbildung und alles, was damit zusammenhängt, in vernünftige Bahnen zu bringen. Er halte es für ausgeschlossen, daß dies einer Partei allein gelingen werde. Doch könne dies der Zeit nach dem Kriege vorbehalten bleiben. Ganz dringlich sei aber eine Ausbesserung der Lehrlingslöhne. Der Verbandsvorstand sprach den Wunsch aus, der Vorstand des Arbeitgeberbundes möchte seinen Mitgliedern die Zahlung von Teuerungszulagen an die Lehrlinge empfehlen. Als angemessen bezeichnete er die Erhöhung der Löhne vom 1. Juli an um 2 M. und vom 1. September an um 3 M. wöchentlich. In dem Schreiben war noch darauf hingewiesen, daß der harte Winter vor der Tür stehe und daß viele hausgewerbliche Lehrlinge jetzt mehr denn je die Stützen ihrer Mütter und ihrer jüngeren Geschwister seien. Auch wurde die Meinung ausgesprochen, daß bei einer Erhöhung der Lehrlingslöhne um 3 M. wöchentlich der nötige Zufluß an Lehrlingen zum Gewerbe Ostern 1917 nicht wieder stoden werde.

Auf diese Anregung ist folgende Antwort eingegangen:
Berlin, den 11. Juli 1916.

An den Deutschen Bauarbeiterverband usw.

Auf die gefälligen Zuschriften vom 7. Juli dieses Jahres betreffs Ausbesserung der Löhne der Lehrlinge teilen wir ergebenst mit, daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens ausschließlich Sache des Innungsverbandes Deutscher Bauwerksmeister ist. Wir haben Ihre Anträge daher an diesen Verband weitergegeben und bei dieser Gelegenheit eine mäßige Erhöhung der Lehrlingslöhne befürwortet.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: E. Behrens.

Der „Grundstein“ bemerkt dazu:

Wir teilen die Auffassung, daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens Sache des Innungsverbandes Deutscher Bauwerksmeister sei, nicht. Sie ist nur so lange keine Sache des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, als sich dieser nicht darum bekümmern will. Auch die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen und die Fürsorge für den Arbeitsnachweis sind ja nach § 81a der Gewerbeordnung Sache der Innungen. Diese Bestimmung hat aber, als die Zeit gekommen war, die Arbeitgeberverbände keinen Augenblick davon abgesehen, durch Abschluß von Tarifverträgen ein „gedeihliches Verhältnis“ zwischen Meistern und Gesellen herzustellen, und noch weniger haben sich die Arbeitgeberverbände durch diese Bestimmung davon abhalten lassen, alles aufzubieten, um die Arbeitsvermittlung selbst in die Hand zu bekommen. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse ist mit der Zeit ganz von selbst eine Sache geworden, die am besten von den Verbänden der Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam erledigt wird. Es scheint uns, als ob es nachgerade an der Zeit wäre, daß auch das Lehrlingswesen gemeinsam von den Organisationen geregelt wird, die heute die wirksamen Vertretungen der Arbeiter und Unternehmer sind. Andererseits kommt es im vorliegenden Falle zurzeit nicht in erster Linie darauf an, wer auf Arbeitgeberseite dafür sorgt, daß die Lehrlingslöhne erhöht werden; die Hauptsache ist vielmehr, daß sie erhöht werden.

Ob der Innungsverband der gemeinsamen Anregung des Arbeitgeberbundes und der drei hausgewerblichen Arbeiterverbände stattgeben wird, wissen wir noch nicht, sprechen aber die Hoffnung aus, daß auch er sich der Notwendigkeit einer Lohnserhöhung für die Lehrlinge nicht verschließen und daß er den Begriff der „Mäßigkeit“ nicht allzu ungünstig für die Lehrlinge auslegen wird.

Was hier über die Entlohnung der Lehrlinge im Bau-beruf gesagt und was für sie angestrebt wird, verdient Aufmerksamkeit in allen Verufen. Die Sorge, mit der diese Gewerkschafter jetzt auf die Gemeinschaftlichkeit der billigen Frauennarbeit blicken, hat ganz gewiß ihre Berechtigung. Aber die noch billigere Lehrlingsarbeit ist genau so schädlich und ebenso der Beachtung wert.

Deutsches Reich.

Eine Reichskonferenz der Textilarbeiter Deutschlands wird nächsten Sonntag, den 23. Juli, in Bamberg tagen. Dieselbe ist von vier in Frage kommenden Arbeiterverbänden der Textilindustrie einberufen. Dabei ist die Textilindustrie im weiteren Sinne, also die ganze Bekleidungsindustrie umfassend, zu verstehen. Die Konferenz wird sich mit der Arbeitslosenfürsorge beschäftigen. Als Referenten sind der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes der Textilarbeiter (H. D.) Kurt Reichelt, Spremberg und der Reichstagsabgeordnete Jäckel vom Deutschen Textilarbeiterverband in Aussicht genommen. Die Reichsbehörden und das kgl. Bayerische Ministerium sind eingeladen.

Die Parteipresse zur Einberufung eines Kriegsparteitages.

Die Elberfelder „Freie Presse“ schreibt: „Gewiß sprechen viele Gründe für die Abhaltung eines Parteitag. Wir alle dürfen nach der erlösenden, klaren und ungeschwankten Nachsprache, nach theoretischem und taktischem Gedankenaustausch, nach einheitlicher politischer Kampffront. Aber das eben ist es. Jetzt gibt es keine klare und ungeschwankte Aussprache, jetzt würde von einer politischen Kampffront nicht die Rede sein können. Das geistige Bild, welches ein Parteitag von heute den Parteigenossen drinnen und draußen zu bieten haben würde, müßte einseitig und darum verwirrend und unklar sein. Einseitig deswegen, weil es nur der Richtung vergönnt wäre, zu sprechen wie sie will, die heute in den leitenden Instanzen der Partei den Ton angibt.“

Beschlüsse, auf einem solchen Grunde aufgebaut, müßten schlimmer wirken, als alles, was vorausgegangen.

Dazu käme dann die Verbitterung bei den Genossen, die an der Vorbereitung des Parteitages nicht teilnehmen könnten. Man sage nicht, daß sie ja befriedigt würden durch einen Parteitag sofort nach dem Kriege, der selbstverständlich die Legitimation habe, aufzuheben oder abzuändern, was der vorige beschloffen. Damit trifft man den Kern der Sache nicht. Auch die Beschlüsse eines Kampfparteitages würden politisches Gewicht haben und somit die Genossen draußen in Mitleidenschaft ziehen. Es wäre nicht zu vermeiden, daß der Spruch einer solchen Tagung auf die internationalen Beziehungen und damit auf Krieg und Frieden von erheblichem Einfluß sein würde. Man bleibe uns auch mit dem Einwurf vom Leibe, daß einem Parteitage kein plausibler Grund mehr entgegengesetzt werden könne, nachdem z. B. in Groß-Berlin Wahlen stattgefunden haben, ohne daß die im Felde stehenden Genossen Einfluß auf sie nehmen könnten. So wichtig die Parteibewegung von Groß-Berlin ist, so ist sie nicht die deutsche. Dort sind organisatorische Wahlen vorgenommen worden, und zwar unter Zustimmung der übergroßen Zahl der Mitglieder — wohl auch der im Felde. Hier auf dem Parteitage würden politische Wahlen vorgenommen werden in des Wortes weitestgehender Bedeutung, abgesehen von dem übrigen Beratungsstoff. Derselben Organisationen übrigens, die so energisch gegen das Tun der Berliner weitem, werden es ihnen nun doch nicht nachmachen wollen? Das würde ein merkwürdiges Licht auf die Motive ihres jeweiligen Handelns werfen.“

Die „Breslauer Volkswacht“ äußert:

„Die Frage der Abhaltung eines Kriegsparteitages wird in der Parteipresse immer erregter besprochen. Die Minderheit von der Linken bekämpft ihn, weil er unter der Beschränkung von Rede und Schrift und bei der Nichtvertretung der im Felde stehenden Genossen kein richtiges Spiegelbild der Parteimeinungen geben würde. Dieser Ansicht schließen wir uns an. Es liegt aber wahrhaftig kein Anlaß vor, die Anhänger des Kriegsparteitages nun wie eine Art Verbrecher zu überfallen. Es kann doch auch im Kriege Situationen geben, die einen Parteitag unabwendbar machen. Wir möchten an die „Leipziger Volkszeitung“, bei der die Furcht vor dem Parteitag am lebhaftesten sich äußert, die Frage richten: was gedenkt sie vorzuschlagen, wenn der Gesamtvorstand der Sozialdemokratischen Partei sein Amt niederlegt, weil ihm die Weiterführung desselben durch die geradezu infamen Angriffe unmöglich scheint? Will sie dann den neuen Vorstand lieber durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion oder des Parteiaususses oder die Kontrollkommission wählen lassen, und haben die überhaupt eine Befugnis dazu? Oder will sie vielleicht von dem bisherigen Vorstand verlangen, daß er weiter bleibt und die Geschäfte im Sinne der Minderheit gegen die Fraktion, gegen den Ausschuss, gegen die Mehrheit der Wahlkreise und der Parteiblätter und gegen seine eigene Überzeugung weiter führt? In einer solchen Situation könnte doch nur ein Parteitag helfen.“

Wer wir sind trotzdem heute noch gegen ihn, weil wir vom Parteivorstand verlangen, daß er auf seinem Platze bleibt und die Geschäfte im bisherigen Sinne weiter führt, und weil wir wohl annehmen können, daß er das auch tun wird und an eine Demission nicht denkt. Wir sind gegen den Parteitag, weil uns die meisten der oben genannten Gründe stichhaltig erscheinen, weil ferner die Vertretung der kleinen Provinzkreise mangelhaft sein würde (was das richtige Bild auch verziehen würde) und weil wir den Genossen im Felde, die ihr Leben und ihre Gesundheit täglich in Gefahr bringen, nicht das Schauspiel einer Valgerei bieten dürfen, während sie uns vor dem Eindringen fremder Feinde behüten.“

Der Karlsruher „Volkstfreund“ schreibt im Anschluß an den Stämpferschen Artikel:

„Wir stimmen den Ausführungen Stämpfers im wesentlichen zu, insbesondere auch darin, daß der Minderheit kein laudinisches Joch auferlegt wird. Bis jetzt ist uns nichts darüber bekannt geworden, daß Genossen der Mehrheit den Wunsch hegen, die Minderheit möge die Türe der Partei hinter sich zumachen. Die Parteipolitik muß, wenn irgend möglich, verhilft werden. Das besagt aber nicht, daß auch denjenigen Elementen gegenüber Rücksichten genommen werden müßten, die in der Bewilligung der Kriegserrechte einen Verrat an den sozialistischen Prinzipien erblicken. Mit den Anarchosozialisten gibt es keine Gemeinschaft mehr. Darüber muß man sich klar sein.“

Wenn jetzt der Parteivorstand und der Parteiaususs sich dazu entschließen, einen Parteitag einzuberufen, so kann man das nur begrüßen. Hätte man ein Jahr früher sich zu diesem Entschluß aufgefaßt, dann wäre es für die Partei besser gewesen. Der Hinweis darauf, daß die Mehrheit der Genossen im Felde steht, ist irreführend. Gerade diesen Genossen sind es die Dabeimgeliebenen schuldig, dafür zu sorgen, daß das Gedäude unserer Parteiorganisation nicht mutwillig zertrümmert wird. Selbstverständlich kann der Kriegsparteitag keine für die Politik der Partei bindende Beschlüsse fassen. Er kann aber Vorkehrungen treffen, die es verhindern, daß gewissenlose Elemente Feuer unter das Dach der Parteiorganisation legen. Der Parteivorstand und Parteiaususs würden unverantwortlich handeln, wenn sie die Dinge wie bisher einfach weiterlaufen ließen. Hier handelt es sich nicht um einen Gewaltstreik der Mehrheit gegen die Minderheit, sondern einfach um ein Gebot der Pflicht gegenüber unverantwortlichen Treibe-zeilen.“

Ablehnend verhält sich das „Offenbacher Abendblatt“:

„Diese Wortführer der Minderheit haben sich jedes Rechtes begeben, gegen die Abhaltung eines Kriegsparteitages zu eifern. Trotzdem erwarten wir aber vom Parteiaususs und vom Parteivorstand, daß er keinen Parteitag während des Krieges einberuft, aus Gründen des Parteistandes und der Parteidemokratie, die für uns nicht vorwand, sondern ernste Wünsche und Forderungen sind. Selbst wenn der Kriegsparteitag nur dem Zwecke dienen sollte, Ordnung in die jetzige Zerfahrenheit zu bringen, so glauben wir nicht, daß er das erreichen würde. Die Zerfahrenheit würde im Gegenteil noch größer werden, mindestens aber die gleiche bleiben. Der Parteivorstand würde sicher wiedergewählt werden, seine und der Fraktion Haltung würde gebilligt werden; diejenigen aber, die heute aus Verbitterung über die Not des Krieges, d. h. gefühlsmäßig, ohne verstandsmäßige Überlegung, zur Minderheit stehen, würden sich der Entscheidung des Parteitages nicht fügen, sondern nur noch weiter in die Arme der Minderheit hineingetrieben, ihnen noch enger verknüpft werden. Die Minderheit würde gefährdet werden, und der Ruf aus Bremen, auf die Einberufung eines Kriegsparteitages mit härtester Weigerung zu antworten, würde jetzt wirklich Verwirrung anrichten. Und unsere Feldgrauen, die mit Recht verlangen, daß sie bei keiner Entscheidung ausgeschaltet werden, würden sich ebenfalls zurückgesetzt fühlen und gefühlsmäßig zu Gegnern des Parteivorstandes werden. Ein Kriegsparteitag würde also gegen die Gesetze der Parteidemokratie verstoßen, und er würde auch nicht klären und veröhnen, sondern verbitternd wirken. Darum warnen wir dringend vor der Abhaltung des Kriegsparteitages. Auch ohne ihn bricht neuerdings in den Parteikreisen, die bisher mit der Minderheit sympathisierten, die Erkenntnis von deren wahren Wesen sich Bahn, lernt man immer mehr wieder die Notwendigkeit einer einheitlichen, brüderlichen Parteibewegung erkennen. Man före diese Entwicklung zur besseren Erkenntnis nicht durch einen verhängnisvollen Kriegsparteitag.“

Auch die Frankfurter „Volkstimme“ wünscht, daß die Abhaltung eines Parteitages unterbleibt.

Und die Mainzer „Volkzeitung“ bemerkt:

„Wir glauben nicht, daß ein Parteitag, dessen Kompetenz naturgemäß so unstritten sein wird, wie dieser Kriegsparteitag, geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, den man von ihm erhofft. Man wird hier weniger denn je die Partei-Minierer durch eine Aussprache überzeugen. Wenn sie aber in der hoffnungslosen Minderheit bleiben — und das scheint sicher —, so steht ihnen das populäre Argument zu Gebote, daß die große Zahl unserer Feldgrauen nicht in der Lage gewesen sei, bei den Beschlüssen mitzuwirken.“

Gegen einen Kriegsparteitag.

Genossin Zieg, die wegen eines schweren Nierenleidens zur Kur in Bildungen weilt, teilt uns mit, daß sie, als sie von einer Genossin die Nachricht erhielt, daß der Partei-Aussuss einberufen sei und über die Abhaltung eines Parteitages beraten solle, sofort an den Genossen Ebert geschrieben, ihre Bedenken geltend gemacht und Protest gegen die Einberufung eines Kriegsparteitages erhoben habe. Sie habe die Bitte ausgesprochen, dem Ausschuss von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu geben. Nachdem ihr dann der Artikel des Genossen Braun zu Gesicht gekommen sei, und sie die darin enthaltenen Ansichten gelesen habe, halte sie es für ihre Pflicht, den Brief zu veröffentlichen, um ihre schwerwiegenden Bedenken weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Wir lassen den Brief folgen:

Bildungen, den 17. Juli 1916.

Berliner Kollege Ebert!

Gestern erhielt ich von Genossin Zieg die Mitteilung, daß in dieser Woche der Partei-Aussuss tagt, der unter anderem auch über die Einberufung eines Parteitages gehört werden soll. Ist das richtig?

Als ich vor meiner Abreise nach hier im Bureau war und von den anwesenden Kollegen Abschied nahm, bat ich Dich — Kollege Müller war auch dabei, mir von wichtigen Vorkommen Mitteilung machen zu wollen und Ihr verspricht es zu tun. Trotzdem habe ich mit keiner Zeile Nachricht von der Einberufung des Ausschusses und der so überaus wichtigen Tagesordnung bekommen.

Ich bin in großer Sorge, Ihr könntet nach einem zustimmenden Votum des Ausschusses, noch während der Dauer des Krieges einen Parteitag einberufen. Das würde nach meiner felsenfesten Überzeugung ein Unglück für die Partei sein!

Bedenkt doch, wenn gegenwärtig ein Parteitag über die Zukunft unserer Bewegung, über die grundsätzliche Beurteilung der wichtigsten politischen Fragen und die parlamentarische Taktik entscheiden soll, welche Empörung und nachhaltige Verbitterung diese Vorwegnahme der Entscheidung bei den Hunderttausenden unserer Genossen im Felde erzeugen müßte, deren Mitbestimmungsrecht glatt ausgeschaltet würde.

Und nicht viel besser steht es um die Dabeimgeliebenen, soweit sie der Opposition angehören; denen durch den Kriegszustand die Möglichkeit der klärenden Auseinandersetzung in der Presse und der freien Aussprache genommen ist. Nicht nur bei ihnen, sondern in der Öffentlichkeit überhaupt, würde der Eindruck erweckt werden, daß von Euch absichtlich diese Zeit gewählt ist, um die Opposition zu erdroffeln. Sicherlich das schlimmste Odium, welches der Vorstand einer demokratischen Partei auf sich laden, der böseste Vorwurf, der ihm gemacht werden kann.

Ein Sieg der Mehrheit unter diesen Umständen wäre ein Pyrrhussieg. Die inneren Kämpfe im Reich würden mit verstärkter Gewalt fortgesetzt und in einer Weise vergiftet werden, die gar nicht auszudenken ist.

Ja noch mehr! Ein Parteitag unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wäre Sprengpulver für die Partei, er würde nimmermehr Klärung und Einigung, sondern größte Verwirrung und ev. die Spaltung bringen.

Euch aber würde man den guten Glauben, die Absicht absprechen, die Einigkeit gewollt und erstrebt zu haben und nicht nur der Schein sondern auch alle Argumente wären gegen Euch.

Es ist doch die Aufgabe des Vorstandes, unbeschadet seiner eigenen grundsätzlichen Stellungnahmen, bei allen politischen Partei- und Verwaltungsmassnahmen, sich über die streitenden Parteien zu stellen, um zusammenfassend und einigend wirken zu können. Diese Taktik, meine ich, muß jetzt mehr denn je gelten. Und welche politischen Konsequenzen würde die Einberufung eines Kriegsparteitages haben? Nur eine sei hier erwähnt: Eine scharfe Waffe würde unseren politischen Gegnern, den Feinden jeder weiteren Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens geliefert, wenn der sozialdemokratische Parteivorstand, der über die Anerkennung und Durchführung der demokratischen Grundzüge in der eigenen Partei zu wachen hat, diese selbst mit Füßen tritt; es würde die vernichtete Situation für die Fraktion sein, wenn bei einem Kampf um demokratische Rechte oder deren Erweiterung, sie von unseren Gegnern an dies undemokratische Verhalten der eigenen Parteileitung erinnert würde.

Und noch ein anderes: wenn bei den Debatten auf einem Parteitag Redner der Opposition im leidenschaftlichen Wortkampf im „Eifer des Gefechtes“ den Kriegszustand vergessen und Ausführungen machen, die sie unter den heutigen Verhältnissen auf die Anklagebank und ins Gefängnis führen, Euch würden diese Opfer aufs Schuldkonto gesetzt werden und das mit Recht!

Denn Ihr selbst habt vor einem Jahre auf diese Gefahren verwiesen; dies und anderes waren die Gründe, weswegen Ihr damals die Einberufung des Parteitages weit von Euch gewiesen habt, und heute ist es nicht besser, eher schlimmer. Wolltet Ihr wirklich für dies alles die Verantwortung tragen? Solltet Ihr jedoch bereits entschlossen sein, die Einberufung eines Parteitages vorzunehmen, so bilde ich mir natürlich nicht ein, Euch umstimmen zu können, ich hielt es aber für meine Pflicht, diese wichtigen Einwendungen hervorzubringen.

Und ich lege Gewicht darauf, für meine Personentschieden Einspruch zu erheben gegen die Abhaltung eines Parteitages während des Kriegszustandes.

Ich bitte Dich, dem Partei-Aussuss von dem Inhalt meines Briefes Kenntnis zu geben.

Mit Parteigrüß

Luise Zieg.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 16. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Von Kabel zu Bethmann. Von R. Kautsky. — Welthandel nach dem Kriege. Von Adolf Braun. — Rassenpolitik. Theoretische Bemerkungen zu einer praktischen Frage. Von D. Neulen. — Aus der sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen in Ostern. Von Komulatis. (Schluß). — Vom Wirtschaftsmarkt. Die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege. Von Heinrich Canow. — Kollagen: Die Einbuhr in Wladivostok. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 22 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ein Blatt Gleichheit. I. — Mutter-schafts- und Säuglingschutz. Rede des Reichstagsabgeordneten Genossen Amert. (Fortsetzung). — Ein paar Worte zu der dringenden nötigen Aus-lunft! Von Berla Venetia. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1915. Von sk. — Notizen: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Frauenklammern. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark. Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 15. Nummer des 33. Jahrgangs erschienen.

Politische Uebersicht.

Konservative „Neuorientierung“.

Die rechtsstehende Presse legt offenbar Wert darauf, immer von neuem zu wiederholen, daß sie eine entschieden Gegnerin der „Neuorientierung“ sei. In die bisherigen rein negativen Bemerkungen über diese Frage bringt die „Kreuzzeitung“ jetzt auch einmal einen „positiven“ Gedanken. Sie erklärt, daß die nötige Neuorientierung vor allem darin bestehe, „daß unser Volk sich wieder zum religiösen Glauben zurückwendet, daß wir wieder wie in den Tagen der Befreiungskriege ein gottesfürchtiges, frommes Volk werden“.

Wir erinnern uns nicht, daß nach 1812/13 das Volk wirklich jenem ihm von der „Kreuzzeitung“ angegedichteten Lobe entsprochen hat; eher könnte man davon sprechen, daß sich in jener Zeit ein unzulässiges, jeder weltlichen Autorität frechtisch ergebendes Mudertum breitgemacht hat. Aber die „Kreuzzeitung“ meint offenbar auch nur, daß jene von ihr charakterisierte „Neuorientierung“ eine Stimmung vorbereiten soll, die ähnlich wie nach den Befreiungskriegen die Zurückdämmung begonnener Reformen erleichtern soll.

Die politische Neuorientierung findet in der „Kreuzzeitung“ offene Ablehnung. Das Wahlrecht soll nach wie vor von den Leistungen abhängig sein, d. h. also, ein Klassenwahlrecht, abgestuft nach dem Vermögen und Einkommen des Wählers, bleiben. Dem entspricht das Ideal der „Kreuzzeitung“ für die soziale Neuorientierung: „Die wahre soziale Reform beruht nicht, wie die Sozialdemokratie lehrt, in der Aufhebung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und besonders am Ackerboden. Sondern umgekehrt: die richtige Sozialreform besteht darin, daß man recht vielen die Möglichkeit verschafft, Kleinbesitzer zu werden. Unsere Lösung heißt darum: Beförderung der Kleinsiedlung, Errichtung von Kriegserbsenplantagen, Anpflanzung Kriegsbeschädigter auf erobertem Neuland! Diese Neuorientierung ist die allerwichtigste, die allerhöchste für ein gesundes deutsches Volkstum, nötiger als Wahlreformen und Wahlsysteme.“

Es lohnte wirklich nicht, sich mit diesem „Reformprogramm“ näher zu befassen, wenn es nicht von Wert wäre, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterschaft bei der Verwirklichung der Neuorientierung allein auf sich angewiesen ist und sein wird.

Der Kanzler und die Konservativen.

Zwei nationalliberale Blätter, die „Magdeburger Zeitung“ und das „Leipziger Tageblatt“, versehen einen kurzen offiziellen Bericht über die Zusammenkunft der Parteiführer beim Reichskanzler mit dem folgenden Inhalt:

„Bemerkenswert erscheint es uns, daß, wie wir hören, die Unterredung auf beiden Seiten einen befriedigenden Eindruck hinterlassen hat und daß während des ganzen Verlaufes der Erörterungen auf keiner Seite etwas von jener Erregung zu spüren gewesen ist, ohne die sich manche Leute eine Aussprache wenigstens einiger der Parteiführer mit dem Kanzler nicht gut vorstellen können.“

Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu skeptisch: „In dem Inhalte dessen, was über den Eindruck und Verlauf der Unterredung gesagt wird, sachlich bestätigend oder bestreitend Stellung zu nehmen, ist aus diesem Grunde natürlich unmöglich. Wir können es aber nicht für richtig und zweckdienlich halten, wenn ein derartiges aus der Luft gegriffenes Stimmungsbild, das ohne wirkliche Mitteilungen über den Inhalt und Gang der Unterredung nur ohne sachlichen Wert und einseitig sein kann, zu irgendeinem Zwecke, gleichviel welchem, in die Welt gesetzt wird.“

Daraus geht hervor, daß die Konservativen auch von der neuen Aussprache mit dem Kanzler keineswegs befriedigt sind und ihren Kampf gegen die Politik des Kanzlers fortsetzen werden.

Um den „Nationalauschuß“.

Die rechtsstehenden bürgerlichen Zeitungen sehen ihren Kampf gegen den „Unabhängigen Nationalauschuß“ fort. Sie befürchten eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die ihren Wünschen gerade entgegengesetzt ist. Bekanntlich will der „Nationalauschuß“ gegen die „extremen“ Flügel der Kriegszieleforderer eintreten und ebenso sehr wie gegen die Feinde jeder Annexion auch gegen übertriebene Annexionswünsche eintreten. Bei dem gestern von uns veröffentlichten Aufruf des „Nationalauschußes“ stoßen sich die Kritiker aus dem rechten Lager hauptsächlich daran, daß im Gegensatz zu dem vom Nationalauschuß für den Osten aufgestellten Kriegsziele Gebietsverweiterungen für den Westen nur „reale Garantien“ verlangt werden. Diese Presse fürchtet, daß sich hinter den „realen Garantien“ nur Verträge und nicht wirkliche Machtverweiterungen verbergen könnten.

Zu seinem Aufruf äußert sich der „Nationalauschuß“ selbst in folgender Zuschrift an ein Berliner Blatt:

„Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß der Deutsche Nationalauschuß nicht zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gegründet ist und das kurze Programm kein Aufruf für den Frieden ist. Es liegt uns vollkommen fern, eine Tätigkeit auszuüben, die irgendwie dahin mißdeutet werden könnte, als ob Deutschland es nötig habe, auf den Friedensschluß hinzu drängen. Im Gegenteil sind wir der Ansicht, daß ein für Deutschland brauchbarer Frieden nur geschlossen werden kann, wenn das deutsche Volk bis zu dem Augenblick durchhält, wo die Lage für den Abschluß eines solchen Friedens günstig ist. Deshalb soll unser Hauptziel, wie ja aus dem kurzen Programm hervorgeht, gerade darin bestehen, die Einigkeit im Volk als die einzig dauerhafte Grundlage des Durchhaltens bis zum Siege zu befestigen. Wir wollen also die Mittel zur Weiterführung des Kampfes, nicht zu dessen vorzeitigem Abbruch liefern. Bis dahin bleibt unser Wahlspruch: „Geschlossenheit nach innen, Geschlossenheit nach außen“.

Dieses Programm zeigt deutlich, daß der „Nationalauschuß“ in seinen Anschauungen genau so wie der Reichskanzler dem einen Extrem weitaus näher steht als dem anderen. In Wirklichkeit wird die Propaganda des Nationalauschußes nur den Annexionsisten den Boden bereiten, ohne der wohlorganisierten Agitation einflussreicher Kreise zugunsten extremer Kriegszieleforderungen viel Abbruch tun zu können.

Blumenstrauch oder Tabaksdoose?

Herr Wedel, der das Präsidium des „Deutschen Nationalauschußes“ übernommen hat, war als Generaladjutant Sr. Majestät des Kaisers aufgeführt worden in dem Schreiben eines Unternehmers, der für einen von dem Ausschuss veranstalteten Vortrag einen Saal suchte. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu, daß hier nur die „politische Persönlichkeit“ Wedels in Betracht kam und fügt hinzu: „Der Politiker Wedel aber ist dem

deutschen Volke bekannt als Statthalter von Elsaß-Lothringen, dessen System dort so böse Fiado gemacht hat. Es ist auch noch in Erinnerung, daß der Fürst nicht einmal zu verhindern vermochte, daß seine Gemahlin dem wegen reichsfeindlicher Handlungen verurteilten, jetzt als Hochverräter in Frankreich gegen sein Vaterland wühlenden Abbé Wetterlé einen Blumenstrauch ins Gefängnis schickte.

Herr Wedel stellt daraufhin in einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“ fest, daß nicht den Nationalauschuß, sondern allein den Unternehmer bzw. dessen Agenten „die Schuld an der taktlosen Erwähnung seiner Person als Generaladjutant S. M. des Kaisers treffe“. Er fährt dann fort: „Ich konstatiere, daß meine Frau niemals dem Abbé Wetterlé einen Blumenstrauch und demselben überhaupt niemals irgendwas in das Gefängnis geschickt hat.“

Der „D. Tz.“ teilt nun ein „reichsländischer Freund“ mit, dem Abbé Wetterlé sei nicht ein Blumenstrauch, sondern eine Tabaksdoose ins Gefängnis geschickt worden: „Der Abbé Wetterlé war wegen nichtswürdiger Wackenschäften gegen den Colmarer Gymnasialdirektor Kneifel in Haft genommen. Während er in Haft saß, wurde der übliche Statthalterball abgehalten. Es war Sitte, auf dem Ball keine Geschenke an die Gäste zu verteilen. Ein solches Geschenk, wie es sich eine Tabatiere, war auf diesem Ball auch für Wetterlé vorhanden, der wohl auf der ständigen Liste der Einzeladenden stand. Dieses Geschenk soll ihm dann ins Gefängnis geschickt worden sein. So wurde der Vorgang allgemein vorgelegt, und man schob der damaligen Gräfin Wedel als der Herrin des Hauses beim Statthalterball die Verantwortung für die Sendung zu. Dabei fehlte auch wohl die Version nicht, die Gräfin habe selber die Nachsendung ins Gefängnis veranlaßt.“

Wer sich über die mitunter seltsamen Formen der Polemik zwischen „Rehrheit“ und „Winderheit“ in unserer Partei wundert, mag sich damit trösten, daß auch anderswo, wie die Blumenstrauchgeschichte zeigt, der Kampf um die sachlichen Gegensätze zuweilen merkwürdige Blüten treibt.

Vermehrte Anstellung von Lehrerinnen.

Der Erlaß des Unterrichtsministers über die Erziehung von Volksschullehrern durch Lehrerinnen liegt jetzt im Wortlaut vor. Der Minister führt darin u. a. aus, daß schon jetzt ein dringender Bedarf nach Lehrkräften für die Volksschule vorhanden ist. Die Heranziehung von Lehrerinnen ist um so wünschenswerter, da bei der Volksschulerziehung der weiblichen Jugend neben dem auch weiterhin notwendigen männlichen Einfluß der dringend erwünschte Einfluß der Frau vielfach noch nicht oder nicht ausreichend zur Geltung komme. Andererseits können auch Knaben der jüngeren Jahrgänge nicht bloß da, wo sie gemeinsam mit Mädchen unterrichtet werden, sondern auch für sich einer geeigneten weiblichen Leitung mit Erfolg anvertraut werden. Es wird einem Bedürfnis der Volksschule Rechnung getragen, wenn eine Durchsetzung der Volksschullehrerschaft mit Lehrerinnen etwa in folgendem Umfange herbeigeführt wird:

An reinen Mädchenschulen werden etwa zwei Drittel der Stellen mit Lehrerinnen besetzt.

An reinen Knabenschulen können für die Unterstufe auch Lehrerinnen angestellt werden.

An gemischten Schulen mit 3 und 4 Schulstellen wird je 1 Lehrerin, an solchen mit 5 und 6 Schulstellen werden je 2 und an solchen mit 7 oder 8 Schulstellen je 3 Lehrerinnen angestellt. Die Zahl der weiblichen Lehrkräfte an den gemischten Schulen würde also etwa ein Drittel der männlichen Lehrkräfte zu betragen haben.

Bei der Besetzung der Lehrerinnenstellen ist das Bedürfnis der betreffenden Schulen maßgebend. Mit Sorgfalt ist ferner darauf zu achten, daß die Bewerberinnen auch gesundheitlich den Anforderungen des Berufs unbedingt gewachsen sind. Selbst wenn diese Gesichtspunkte streng festgehalten werden, wird es möglich sein, einer größeren Zahl von Lehrmittelsuchenden, die jetzt auch an weniger besetzten Orten Vertretungsmunterricht übernommen haben, zur einstweiligen und endgültigen Anstellung zu verhelfen.

Das tägliche Brot.

Die Reichsfleischkarte und der Kinderanteil.

Ueber die Neuregelung der Fleischverteilung wird weiter mitgeteilt: Es ist kein Geheimnis, daß eine Neuregelung der Fleischverteilung für das ganze Reichsgebiet, nämlich die Einführung einer Reichsfleischkarte, in Vorbereitung ist. Ueber dieses Vorbereitungsstadium ist jedoch die ganze Frage auch heute noch nicht hinaus gedrungen. Die Reichsfleischkarte wird vielmehr frühestens erst im September kommen. Erst in der nächsten Woche sollen im Kriegsernährungsamt die Ausdehnungsarbeiten darüber ihren Anfang nehmen, welche Gestalt die Reichsfleischkarte bekommen wird. In dem Entwurf, der dem Ausschuss zu diesem Zweck vorgelegt wird, ist allerdings vorgesehen, daß Kinder unter sechs Jahren — im ganzen Reichsgebiet! — nur die Hälfte der Fleischration der Erwachsenen erhalten sollen. Aber auch hier handelt es sich einstweilen nur um ganz unverbindliche Vorschläge.

Der Vertrieb von koffeinfreiem Kaffee.

Berlin, 20. Juli. (W. Z. W.) Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt:

- 1. Koffeinfreier Kaffee darf wie anderer Bohnenkaffee an den Verbraucher nur in geröstetem Zustande unter gleichzeitiger Abgabe von mindestens derjelben Gewichtsmenge Kaffee — Ersatzmittel verkauft werden.
2. Koffeinfreier Kaffee darf im Kleinverkauf bis auf weiteres nur noch auf ärztliches Zeugnis verabfolgt werden.
3. Der Preis für ein Paket (1/2 Kilogramm) koffeinfreien Kaffee und 1/2 Kilogramm Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,24 M. nicht übersteigen.
4. Im übrigen regelt sich der Verkehr von koffeinfreiem Kaffee nach den von uns unter dem 22. Mai 1916 bekanntgegebenen Bedingungen.

Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft.

Die vom I. I. Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsgesellschaft G. m. b. H. ist in eine Aktiengesellschaft auf gemeinnütziger Basis unter dem Titel „Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft“ umgewandelt worden. Die Adresse lautet: „Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G., Kronenstraße 60.“

Ein Lebensmittelamt in Rußland.

Im Hauptquartier des Jaren hat ein Kronrat beschlossen, ein neues Amt zur Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung zu schaffen. Zum Chef dieses Amtes ist der bisherige Chef der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Stabe des Höchstkommandierenden, Fürst Dolenski, ernannt worden. Der Kampf, den dieses Amt aufnehmen soll, ist in erster Linie gegen die künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise gedacht. Die Meinung darüber, ob Dolenski die Vollmachten eines Lebensmittelinspektors hat oder nicht, gehen auseinander. Das Amt ist dem Ministerium des Innern unterstellt, wodurch allerdings die Eifersucht des Landwirtschaftsministers hervorgerufen worden ist.

Aus der Partei.

Eine Einigungskonferenz?

Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt: Am Dienstag ging uns von dem Woffischen Depeschembureau die nachstehende Mitteilung zu:

„Z. Adolf Braun-München und Emanuel Wurm-Berlin laden zu einer sozialdemokratischen Einigung nach Nürnberg ein.“

Heute wissen wir, daß die Quelle dieser vielfach besprochenen Depesche die Internationale Korrespondenz (I. K.) ist. Sie verbreitete nachstehendes:

Eine Einigungskonferenz?

I. K. Adolf Braun-München und Emanuel Wurm-Berlin laden zu einer Einigungskonferenz nach Nürnberg ein. Wie wir hören, stehen die führenden Persönlichkeiten beider Lager der Sache skeptisch gegenüber. Es verlautet, daß die äußerste Linke überhaupt nicht eingeladen ist.

Niemand, der eingeladen hat, autorisierte die I. K., diese Mitteilung zu bringen, die überdies nicht den Tatsachen entspricht. Genosse Emanuel Wurm hat niemanden eingeladen. Die Einladung eines Dutzend Parteigenossen zu einer Besprechung geht von bayerischen Landtagsabgeordneten aus, die gemeinsam mit dem Genossen Adolf Braun verfahren. Sie hielten eine Besprechung mit nicht-bayerischen Genossen zur Klärung der Ansichten über den bekannten Aufruf zur Verständigung für notwendig. Diese Münchener Zusammenkunft hat die Genossen Martin Segig, Gerhard Auer und Adolf Braun und sonst niemanden beauftragt, die Einladungen zu versenden. Dahin hat man sich entschieden, bevor in der Kontrollkommission der Antrag auf Einberufung des Parteitag gestellt und bevor der Parteivorstand den Parteitag einberufen hat. Ueber den Zweck der Besprechung ist den aufgeforderten Genossen geschrieben worden: „Es soll von Genossen verschiedener Richtungen und aus verschiedenen Landesteilen, aber in einem engen Kreis, erwogen werden, ob man nicht im Geiste des Aufrufs beruhigend und versöhnend auf die Parteipresse, die Parteikorporationen und möglichst auch auf die Masse der Parteigenossen einwirken könnte.“

Zum Frankfurter Parteikonflikt.

Der Bezirksvorstand des Bezirks Frankfurt a. M. schreibt uns: Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. vertritt in einer Zuschrift eine „Aussklärung“ über die Beitragsperre an den Bezirksvorstand zu geben. Nicht um eine „angebliche“ Verweigerung — so heißt es in der Zuschrift — handelt es sich. Tatsache ist, daß der Frankfurter Ortsvorstand ab 1. Januar d. J. die Abführung der Pflichtbeiträge verweigert und damit einen Bruch des Parteistatus vollzog. Dies kann nicht entschuldigend, dieser klare Sachverhalt durch keine falschen Darstellungen verbunkelt noch verschoben werden. Immer wieder wird das Presseorgan und dessen Bezahlung herangezogen. Darüber wurde von uns schon in früheren Erklärungen das Notwendige gesagt. Auch der Frankfurter Ortsvorstand kann mit seinen vielen „Wenn“ und „Aber“, wobei die kühlste Kombinationsgabe — um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen — nachhelfen soll, den tatsächlichen Sachverhalt nicht verdecken. Die Bezirksklasse bedrückt oder bedrückt die Kosten des Flugblatts nicht, weder direkt noch indirekt. Dabei bleibt's. Aus den Einzelbehauptungen des Frankfurter Ortsvorstandes nur noch zwei Probe:

- 1. „Niemlich alle Kreise hätten aus Mangel an Mitteln keine Pflichtbeiträge an den Bezirksvorstand abgeliefert.“ So wird behauptet. Dabei haben noch im letzten zur Abrechnung gelangten Quartal neun von elf Kreisen ihre Pflichtbeiträge an die Bezirksklasse abgeliefert, ein zehnter Kreis rechnete seinen Beitrag auf eine Forderung an, die der Auszahlung harret. Bleibt nur der Kreis Frankfurt a. M., der die Beiträge verweigert.
2. Die Ausgabe der Bezirksklasse für die sieben schwachen Kreise (Bearbeitung derselben) betrug im letzten Geschäftsjahr 1085,15 M. (Der Frankfurter Ortsvorstand schreibt ohne nähere Bezeichnung von 4617,18 M.) So ist die Wahrheit.
Es bleibt dabei: der grobe Verstoß der Frankfurter Parteileitung gegen das Parteistatut, die Beitragsverweigerung, ist unheilbar für die Organisation.

Aus Groß-Berlin.

Dampferfahrt nach Neu-Ruppin.

Wir machten vor einigen Jahren die Freunde märkischer Natur Schönheiten auf das an prachtvollen Seen gelegene Städtchen Neu-Ruppin, die Geburtsstätte Fontanes, und auf die „Ruppiner Schweiz“ aufmerksam. Jetzt ist Gelegenheit geboten, dieses schöne Städtchen märkischer Erde auf einer überaus reizvollen, abwechslungsreichen Dampferfahrt zu erreichen. Die zehnstündige Tour beginnt morgens 8 Uhr an der Dampferhaltestelle beim Bahnhof Friedrichstraße und nimmt einen Wasserweg, der zum größten Teil den meisten Berlinern noch unbekannt sein dürfte. An der Alsenbrücke lenkt der Dampfer in den Humboldthafen und in den alten Spandauer Schiffahrtskanal über den Nordhafen hinweg. Bei Böghensee wird durchschleust, bei Gasselhorst der neue Großschiffahrtsweg eingeschlagen, bei Saatwinkel der Tegeler See getrennt. Die beliebten Ausflugsorte Valentinswerder, Zegelort, Jörßelbe, Conradshöhe, Sandhausen, Heiligensee, Niedercuendorf fliegen vorüber. An Birkenwerder, Gorgsdorf und Lehnitz vorbei geht es durch Dranienburg bis zur Schleuse Sachsenhausen, die den zur Zeit Friedrich des Großen zur Urbarmachung des Rhinlands zwischen Rhin und Davel angelegten 19 Kilometer langen Ruppiner Kanal einleitet. Die Kanalfahrt an üppigen Wiesen und schönen Waldungen vorbei überrascht durch die wohlige Stille der Landschaft. Die Schleuse Höhenbruch wird durchfahren. Nach etwa fünf Stunden ist die Stadt Kremmen und der Kremmer See erreicht. Hinter dem See winkt die kaum übersehbare Landschaft mit immer neuen Bildern am großartigsten. Noch ein letztes Städtchen Kanal, dann schwimmen wir auf dem grünen Rhin. Am Ufer tauchen die Dörfer Deetz und Sommerfeld auf, in der Ferne ragt das Schlachtendenkmal von Jehrbellin, der Turm bei Dakenberg, wo am 17. Juni 1675 die Schweden geschlagen wurden. Auf der weiteren Fahrt, die zum Teil durch ganz enge Furten geht, ist der mächtige Büffel mit Scharen von Reihern, Möwen und Wildenten ein ganz prächtiger Naturgenuss. Die Alfriesacker Schleuse liegt hinter uns, vor uns schillert der langgestreckte, 850 Hektar große, vom Rhin durchflossene Ruppiner See. Um 6 Uhr abends stoppt die Maschine... wir sind am Ziel.

Natürlich ist die Sache nicht ganz billig: Wer den nächsten stoffenden Zug der 9⁴² abfährt und 11⁰⁰ in Berlin auf dem Stettiner Bahnhof eintrifft (3. Klasse 2,80 M.), benutzen will, hat drei Stunden Zeit zur Bestätigung der hübschen Stadt. Der Ausflug in die wald- und

wasserreiche Nupliner Schweiz macht das Uebernachten notwendig. Die Hin- und Rückfahrt mit dem Dampfer kostet 3,10 M. für die Person. Für die Verköstigung, auch für preiswertes Mittagessen, sind alle Vorkehrungen getroffen. Aber Fleisch- und Brotarten mitnehmen! Die interessante Fahrt findet in diesem Sommer nur noch viermal statt, am 23. Juli (Sonntag), 27. Juli (Donnerstag), 8. August (Dienstag) und 13. August (Sonntag).

Die Höchstpreise für Frühkartoffeln, die nach der neuen allgemeinen Festsetzung 10 Pf. pro Pfund betragen sollen, bestehen für Berlin noch unverändert mit 11 Pf. für das Pfund fort. Diese neue Festsetzung soll eine Zuzugsbeteiligung des Reichs, des Staates und der Gemeinden zur Voraussetzung haben. Da bis jetzt diese Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind, ist der Preis für Berlin noch unverändert geblieben mit 11 Pf. Hossentlich tritt hierin baldigst eine Änderung ein.

Die Bewertung des Buttereinwickelpapiers.

Für die Woche vom 24. bis 30. Juli werden, wie bereits mitgeteilt, in Groß-Berlin auf den Buttersortenabschnitt wiederum 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine abgegeben. Gleichzeitig ist es notwendig geworden, die alte Streitfrage nach der Mitberechnung des Buttereinwickelpapiers in dem Sinne zu erledigen, daß die Abgabe der vorgeschriebenen Fettmenge nach Nettogewicht zu erfolgen hat. Die Berechnung des Einwickelpapiers darf also künftig nicht mehr erfolgen, vielmehr ist für gesonderte Auswiegung des Papiers Sorge zu tragen und dem Käufer die gesamte ihm zustehende Fettmenge auszufolgen.

Einmachezucker gibt es nicht mehr.

Der Magistrat gibt bekannt: Noch immer laufen täglich zahlreiche Anträge auf Zulassung von Einmachezucker bei der Zuckerverorgungsstelle des Magistrats Berlin ein. Diese Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden, da der gesamte hierfür zur Verfügung gestellte Einmachezucker verteilt ist. Alle diejenigen Haushaltungen, die in der bekannt gegebenen Anmeldefrist bis zum 25. Mai d. J. ihren Bedarf angemeldet haben, sind nach Maßgabe der vorhandenen Bestände mit Zucker versehen worden. Alle weiteren Anträge konnten Berücksichtigung nicht finden. Von einem schriftlichen Bescheid auf die täglich nach Tausenden zählenden Eingänge muß daher abgesehen werden.

Beim Spielen ertrunken ist Mittwochabend gegen 9 1/2 Uhr der sechs Jahre alte Sohn Gerhard des Arbeiters Engel aus der Douchéstr. 76 zu Reutlitz. Der Knabe lag beim Spiel auf der steilen Uferböschung in der Nähe des Gießens herum, verlor das Gleichgewicht und fiel ins Wasser. Leute, die den Unfall sahen, riefen sofort die Feuerwehr, der es auch gelang, den Knaben besinnungslos zu bergen. Sie brachte ihn sofort nach der Unfallstation in der Wilhelmschloßstraße. Dort angestellte Wiederbelebungsversuche waren aber erfolglos.

Zwei verwegene Schankwirtschaftsbeindnehmer wurden von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Beim Verkauf gestohlener Sachen, die aus einer erdrossenen Wirtschaft herrührten, beobachtete man zwei Männer. Es gelang, den einen festzunehmen, während der andere entkam. In dem Verhafteten erkannte die Kriminalpolizei einen 32 Jahre alten „Arbeiter“ Otto Sehnlin, der beobachtet, daß er sich ohne Wohnung in Berlin aufgehalten habe. Sie ermittelte jedoch, daß er in Moabit gehaust hatte, fand dort auch seinen Schlafwinkel und entdeckte bei einer Durchsuchung auch seinen entkommenen Spielgefährten, einen 26 Jahre alten früheren Tischler Fritz Jant, den Inhaber der Wohnung, der Sehnlin der Unterstülpung gewährt hatte. Die Hausdurchsuchung zeigte, daß die beiden außer ihrer Spezialität auch den Wohnungsbau betrieben. So fand man bei ihnen Silbergeräte und türkische Decken aus einer Wohnung in der Engel-von-Neplow-Straße. Hier waren die Eindreher an der Regengasse zum zweiten Stock hinaufgeleitet und dort von einem Balkon aus durch ein Fenster eingedrungen. Während die Insassen der Wohnung friedlich schliefen, hatten sie die wertvollen Sachen weggeschafft, indem sie an der Regengasse auch wieder hinunterkletterten. Beide gaben, nachdem man den Eigentümern der Deutsches ermittelte hatte, auch diesen Einbruch zu.

Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einer Autostraße ereignete sich am Mittwochabend gegen 11 1/2 Uhr in Charlottenburg. An der Ecke der Kant- und Leibnizstraße fuhr die Führerin eines Straßenbahnwagens der Linie 98 (Richtung Böttcher-Wahnhof) in die falsche Weiche und stieß infolgedessen gegen die aus entgegengesetzter Richtung kommende Autodroschke I. A. 8742. Die beiden Insassen des Kraftwagens erlitten ganz leichte Verletzungen, ein Fräulein Sophie Mathias eine kleine Wunde am Auge, eine Frau Verta Lehmann eine Wunde am Kopf. Am Bahnwagen wurde die Vorderplattform, am Auto die Seitenwand beschädigt. Eine Störung entstand infolge des Unfalles nicht.

Ein Bootunglück ereignete sich dieser Tage auf der Spree bei Treptow. Die Leiche einer der beiden, Ertrunkenen ist gestern gelandet und dem Schauplatz zugeführt worden. Es handelt sich um den 17 Jahre alten Kaufmannslehrling Georg Binge, der bei seinen Eltern in der Schleifsch. Str. 29/30 wohnte. Das Boot war gestern, als beide Insassen sich beim Kubern und Steuern abließen wollten und die Blöße wechselten. Die Leiche wurde vor dem Haupte Schleusenuser 6, in der Nähe der Schleifsch. Brücke geborgen.

Ferienfahrten mit dem Dampfer nach Ziegenhals unternehmen in diesen Wochen 1200 Schulkinder, die von den Leitern der städtischen Ferienspiele besonders ausgewählt sind. Vorzugsweise sind es Kinder, deren Väter im Felde stehen oder die sonst zu den Bedürftigen gerechnet werden. Am Mittwoch fuhr der erste Dampfer mit 240 Kindern, je zur Hälfte aus Knaben und Mädchen, nach Ziegenhals ab. Das Unternehmen wird ausschließlich auf Veranlassung der Kaiser-Witwen-Vertriebsgesellschaft veranstaltet, die die gesamten Kosten der Fahrt und der an sich guten Verpflegung trägt, was bei der jetzigen Zeit durchaus nicht so leicht ist. Jedes 15. Kind erhielt für regelmäßigen Besuch und für besonders gutes Betragen auf den Ferienpielplätzen der Stadt ein Sparausweis von 4 Mark. Das war ein Vergnügen für die Wäldchen, die an dieser Veranstaltung teilnehmen durften; so gut gelebt und so gut unterhalten haben die kleinen Teilnehmer sich sicher lange nicht. Jedenfalls konnte man den Kindern die Erholung und die Freude gern gönnen, die ihnen hier bereitet wurde.

Aus der Selbstmordchronik. Seiner Frau in den Tod gefolgt ist gestern nachmittag der 64 Jahre alte Händler Gerber aus der Wolkenberger Straße 22. Vor einiger Zeit starb seine Frau. Der Mann glaubte, ohne sie nicht weiterleben zu können und beschloß, seinem Leben ein Ende zu machen. Gestern fuhr er seinen Entschluß aus. Als seine erwachsenen Kinder ihn besuchen wollten, fanden sie ihren Vater tot im Bett liegen. Er hatte den Hahn der Gaslampe geöffnet und das ausströmende Gas eingeatmet. Wegen unheilbarer Krankheit hat sich der 40 Jahre alte Jahnschläger Hugo Senffleben aus der Turnstr. 47 mit Leuchtgas vergiftet. Der Unglückliche war unheilbar lungentkrank. Nachdem er schon einmal im April dieses Jahres einen Selbstmordversuch gemacht hatte, öffnete er gestern die Gasflamme der Lampe und des Kochers und war schon tot, als man ihn auffand. — Aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern früh um 9 Uhr der Hausdiener Georg Goldmann aus der Poppstr. 11, ein Mann von über 60 Jahren. Er öffnete auf seiner Arbeitsstelle in der Gertraudenstraße ein Fenster im dritten Stockwerk, sprang hinaus und blieb mit schweren inneren Verletzungen besinnungslos auf dem Hof liegen. In bedenklichem Zustande brachte man ihn nach der Charité. Was ihn zu diesem Schritt veranlaßt hat, ist unbekannt.

Aus dem Teltowkanal gelandet wurde gestern bei Treptow die Leiche einer unbekanntem Frau von 25 bis 30 Jahren. Die Tote ist ungefähr 1,65 Meter groß, hat dunkles Haar und trug ein dunkelgraues Kleid mit buntem Gürtel, weiße Schuhe und Strümpfe und weiße Wäsche. Sie trug ein mützenähnliches Armband bei sich.

Aus den Gemeinden.

Kriegswohlfahrt in Charlottenburg. Die Stadt Charlottenburg hat bis zum Ende Juni d. J. seit Kriegsbeginn 19 1/2 Millionen Mark an Kriegsunterstützungen für Kriegsfamilien verausgabt, für Nichtkriegsteilnehmer und deren Familien rund 600 000 Mark, das ist gegen den Vormonat mehr rund 1 300 000 Mark.

Der Wahlverein von Lichterfelde

befähigte sich in seiner Mitgliederversammlung am 12. Juli mit den Vorarbeiten von der Verbandssammlung von Groß-Berlin und der außerordentlichen Generalversammlung des Kreises. Eine Debatte wurde nicht beliebt, Genosse Benzel erklärte nur, daß der alte Kreisvorstand noch zu Recht bestehe. Die alten Delegierten wurden der erneut notwendig werdenden Kreisversammlung gegen 15 Stimmen wiedergewählt. Eine längere Debatte entspann sich über die vom alten Kreisvorstand verdrängte Vorküche zur Abwehr. Ein Versuch des Genossen Vorkardt um Ueberlassung von 80 Exemplaren dieser Vorküche sei vom Genossen Groger mit einem Zeitungsausschnitt aus der „Chemnitzer Volksstimme“ beantwortet worden, in dem herabsetzende Bemerkungen über den Genossen Vorkardt enthalten seien. Zur Kenntnis kam eine Vorschlagsliste verschiedener Ortsvereine über die Wahl der Funktionäre, die von der Versammlung gutgeheißen wurde. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurde ein vom Genossen Benzel eingereichter Antrag erledigt, der lautete: „Die Mitgliederversammlung wolle beschließen: Die laut § 4 des Kreisstatuts abzuführenden zwei Drittel der Gesamteinnahmen des Wahlvereins sind an den alten Kreisvorstand mit dem Vorliegenden Franz Thurov ordnungsmäßig zu entrichten.“

Wahlvereinsversammlung in Tempelhof.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 18. Juli, eine Generalversammlung ab, in der Bericht und Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung stand. Der Vorsitzende Genosse Kadla erklärte dem Vorstandsbereich, aus dem sich ergab, daß der Mitgliederbestand während des Krieges sich nur um ein Weniges verringert hat. Redner erörterte alsdann die Vermählung des Vorstandes, zu berichten, daß die gegenseitigen Auffassungen über die Haltung der Partei zu schroffer Gegensätzlichkeit innerhalb des Wahlvereins zum Ausdruck kämen. Dieses Vermögen hat aber nicht den Fall der Mitglieder gefunden. Zwischen Mitgliedschaft und Vorstand ist ein immer größer werdender Gegensatz entstanden, der ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten unmöglich erscheinen ließ. Die Wirren im Kreise führten dann zum Bruch, als die Mitglieder, entgegen der Auffassung des engeren Vorstandes, für die provisorische Kreisleitung Stellung nahmen.

Sämtliche Mitglieder des engeren Vorstandes fühlten sich dadurch verpflichtet, von ihren Posten zurückzutreten. Die Neuwahlen vollzogen sich ohne Schwierigkeiten. Zum Vorsitzenden wurde der Genosse Krohn gewählt. Dann beschäftigte sich die Versammlung noch mit der am Sonntag, den 23. Juli, stattfindenden, vom Bezirksauswahls einderufenen Kreisgeneralversammlung. Es wurde beschlossen, die Delegierten zu beauftragen, bei der Prüfung der Mandate der Reutlitzer Delegierten unbedingt für die Giltigkeit derselben zu stimmen.

Mitgliederversammlung in Johannisthal.

In der letzten Mitgliederversammlung wurden die Berichte von der Verbandsgeneralversammlung und den letzten Kreisgeneralversammlungen entgegengenommen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten ihres Delegierten einverstanden und beauftragte den Vorstand, alle Geschäfte nur mit dem neuen Kreisvorstand zu regeln. Unter Verschiedenem wurden mehrere Vorlesungen bei der Lebensmittellieferung einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Eine Resolution an den Gemeindevorstand fand einstimmige Annahme. Ebenfalls einstimmige Annahme fand sodann noch eine Sympathiekundgebung für den Genossen Liebschütz.

Ferienspiele in Mariendorf. Am Freitag findet bei schönem Wetter ein Ausflug statt. Treffpunkt am Rathaus um 2 Uhr, bei schlechtem Wetter: Spielen im Jugendheim.

Soziales.

Gegen Winkeladokatur.

Vom Kriegsministerium geht uns folgende beherzigenswerte Mitteilung zu:

Die bei den militärischen Dienststellen eingehenden Gesuche von Angehörigen gefallener Kriegsteilnehmer lassen erkennen, daß die Hinterbliebenen sich bei Abfassung der Eingaben vielfach fremder Hilfe bedienen. Soweit diese Hilfe in uneigennütziger Weise geleistet wird, ist sie dankend anzuerkennen. Die Kriegswitwen müssen aber dringend vor sogenannten „Winkeladokaten“ und ähnlichen Personen gewarnt werden. Solche Leute drängen sich an sie heran und versetzen für sie oft Gesuche, von deren Zwecklosigkeit sie wohl selbst in vielen Fällen von vornherein überzeugt sind. Ihnen ist meist nur darum zu tun, Einnahmen für sich zu erzielen, nicht aber den Witwen zu helfen. Häufig erwecken sie auch Hoffnungen, durch deren Nichterfüllung die Witwen dann bitter enttäuscht sind.

Allen Kriegswitwen — soweit sie sich außerstande sehen, Gesuche selbst abzufassen — kann daher nur dringend empfohlen werden, sich an die in jedem Ort bestehenden Beratungs- und amtlichen Fürsorgestellen für Kriegswitwen und -waisen zu wenden. Diese Stellen werden gern erhöht sein, Anträge der Hinterbliebenen aufzunehmen und an die hierfür zuständigen Behörden weiterzugeben. Dieser Weg erspart den Kriegshinterbliebenen Kosten, Zeit und Enttäuschungen.

Gerichtszeitung.

Zu gut geliefert.

Der Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft in Rotomans war angeklagt, weil er zugelassen hatte, daß in der Bäckerei der Genossenschaft während der Zeit, als weder Kartoffelmehl noch Kartoffeln zu haben waren, das vorjahrismäßige Zufehen eines Streckungsmittels nicht besaf worden war.

Die Innung des Ortes, in dem sich die Bäckerei befindet, hatte entdeckt, daß das Brot der Genossenschaft sehr viel besser war, als das eines jeden anderen Bäckers und hatte durch anscheinend harmloses Ausfragen eines Bäckers die Ursache der Güte entdeckt. Sie zeigte die Genossenschaft an. Der Amtsanwalt des Potsdamer Gericht antwortete auf den Einwurf des Angeklagten, „er könne doch nicht 4000 Familien ohne Brot lassen, wenn es ihm unmöglich sei, trotz aller größter Bemühungen Streckungsmittel herbeizuschaffen.“ Dann hätte er einfach die Bäckerei stilllegen und die Frauen alle nach dem Rathaus schicken sollen. Obgleich der Gemeindevorstand, der der Ernährungsfürsorge des betreffenden Orts vorsteht, bezeugte, daß sich die Genossenschaft die erdenkliche Mühe gegeben hatte, Streckungsmittel zu beschaffen und daß dieses in der angezogenen Zeit unmöglich gewesen sei, beantragte der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe gegen den

Angeklagten. Vom Gericht wurde, weil anerkannt wurde, daß derselbe die Vorschrift nicht auf unedlen Motiven, sondern aus Mitleid mit der vorwiegend armen Bevölkerung überschritten habe, auf Geldstrafe, aber auf 200 M., erkannt. Eine recht hohe Strafe. Ein Bäder aus der Nachbarschaft, der dem Brot Rohkrumen als Streckungsmittel zugefetzt hatte, wurde — sage und schreibe — zu nur 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bestraft werden mußte wohl, da Streckung vorgeschrieben ist, aber hätten nicht 10 M. genügt?

Höchstpreisüberschreitung.

Verchiedene Verkäufe gegen die Höchstpreisverordnungen fielen der Frau Hedwig Grohe, Inhaberin der alten renommierten Schlächtermirma in der Prenzlauer Straße 4, zur Last. Sie war zunächst beschuldigt, beim Verkauf von 1/4 Pfund gelochten Schinken 1 M. gefordert zu haben, während nach der Bekanntmachung des Magistrats der Höchstpreis aber nur 90 Pf. beträgt. Der Staatsanwalt sah hierdurch für erwiesen an, daß die Angeklagte den Höchstpreis um 10 Pf. überschritten habe. Er beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte schon einmal ein Strafmandat wegen Ueberschreitung der Höchstpreise erhalten hat, 500 M. Geldstrafe. Das Schöffengericht erkannte auf 100 M. Geldstrafe. — In einem anderen Falle richtete sich die Anklage außer gegen Frau Grohe auch gegen deren Geschäftsführer K a h n. Beide wurden beschuldigt, ausländisches Schweinefleisch ohne Genehmigung und zu einem höheren Preise verkauft zu haben, als für inländische Ware festgesetzt war. Der Staatsanwalt beantragte auch in diesem Falle eine nachdrückliche Strafe, da mit dem Verkauf angeblich ausländischer Ware jetzt doch viel Mißbrauch getrieben werde. Der Antrag lautete gegen Frau Grohe auf 500 M., gegen K a h n auf 250 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte beide des Vergehens gegen die Auslandsverordnung vom 14. Dezember 1915 schuldig und verurteilte Frau Grohe zu 300 Mark, K a h n zu 100 Mark Geldstrafe.

Das Tanzverbot.

Wegen Ueberschreitung des Tanzverbots während der Kriegszeit hatten sich der Arbeiter Johann Hoffmann und der Kaufmann Robert Grün vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Hoffmann ist Vorstand des Theatervereins „Lesing“, Grün Vorstand des „Theater-Vereins“ von 1898. Beide Vereine halten ihre Vorstellungen im „Kölnener Hof“ ab. Zugunsten ihrer im Felde stehenden Mitglieder waren von beiden Vereinen Wohltätigkeitsvorstellungen veranstaltet worden, an denen laut Programm nur eingeladene Gäste bzw. solche, die durch Zahlung einer Summe von 50 Pf. passive Mitglieder werden wollten, teilnehmen sollten. Nach der programmmäßigen Bekanntmachung sollte nach der Theatervorstellung jedesmal zwangloses Beisammensein, verbunden mit einem kleinen Tanzchen, stattfinden. Durch polizeiliche Beauftragte war festgestellt worden, daß eigentlich jedermann ohne irgendwelche Schwierigkeiten Zutritt fand, sobald er sich eine Eintrittskarte für 50 Pf. löste. Die Angeklagten bestritten dies und behaupteten, daß die Zusammenkünfte den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft gehabt hätten und erklärten, daß nach ihrer Kenntnis für geschlossene Gesellschaften das Tanzverbot nicht Platz greife. Das Schöffengericht kam zu einer Verurteilung und bemah die Strafe auf je 20 M.

Aus aller Welt.

Windhose in Ostfriesland. In dem in Ostfriesland südlich des Hochmoores gelegenen Ort Fizzel ging, wie dem „Deutschen Kurier“ geschrieben wird, eine Windhose nieder, die bedeutenden Schaden anrichtete und auch Menschenleben in Gefahr brachte. Bei bewölktem Himmel erhob sich ein Sturm, der zu einem Wirbelwind ausartete, der alles vernichtete, was sich in seinem Bereich befand. Viele Personen wurden zu Boden gerissen oder an Gegenstände geschleudert und erlitten Verletzungen. Ein Teil des auf den Feldern weidenden Viehes wurde in tiefe Wassergräben geworfen und ertrank. Von zahlreichen Häusern wurden die Dächer abgedeckt und Steine und Balken wirbelten in der Luft umher.

Grubenunglück in Italien. In der Schwefelgrube „Germi“ bei Palermo wurden infolge Einsturzes mehrere Schächte zu weit unter Arbeiter begraben. Die Bergwerksarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, auch nur einen Mann zu retten.

Explosionsunglück in einer Pulverfabrik. Nach einer „Giesani“-Melbung ereignete sich am Mittwoch in der Pulverfabrik von Borgofranco d'Isere eine Explosion. Zwölf Menschen sind tot, mehrere verwundet.

Bergung eines vor 60 Jahren gesunkenen Schiffes. Eine schwedische Aktiengesellschaft beabsichtigt ein Segelschiff zu bergen, das vor rund 60 Jahren in den Stockholmer Schären gesunken ist. Das Schiff hatte, Damburger Wätern zufolge, wertvolles überseeisches Holz und verschiedene Metalle geladen, die heute besonders gesucht sind. Ein Segler mit einem Taucher ist nach der Stelle, wo das Wrack liegen soll, ausgesandt, um es aufzuspüren.

Salz-Hamstererei. Eine außerordentliche Hamstererei, so berichtet der „Lokalanzeiger“, wird seit einiger Zeit besonders in den Dörfern bei Stargard beobachtet. Aus vielen Dörfern kommen die Tagelöhner zur Stadt und laufen bei den Kaufleuten salzwiese Salz ein. Sie sind in dem Glauben befangen, das Salz würde bald teurer werden und der Preis binnen kurzem auf 50 Pf. steigen, ja, im Herbst würde das Salz sogar 1 M. kosten! Durch nichts lassen sich die Leute von dieser unsinnigen Meinung abbringen. Auch in der Stadt soll es genug Leute geben, die sich für ihre kleine Wirtschaft auch schon wenigstens 10 Pfund zusammengelassen haben. Daß hierdurch vorübergehend Salzknappheit entstand, ist nicht weiter zu verwundern.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Am Sonntag, den 23. Juli, Familienausflug (verbunden mit dem sonst üblichen Kinderfest) nach Restaurant „Ganssauer“, bei Herbedau. Abfahrt von Zannowstraße 9 44 Uhr, vom Schließigen Bahnhof 9 45 Uhr vormittags bis Sadowa. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Bernau. Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei K d o l f H e r m a n n, Bürgermeisterstr. 225. 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 3. Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Sonntag, den 23. Juli: Wanderfahrt nach Zehlendorf-Rahnow (Schleife)—Güterpark—Teltow—Zehlendorf (Nahgelegenes). Bahngeld 20 Pf. Treffpunkt 6 Uhr, Bahnhof Schöneberg.

Wilmow. den 26. Juli: Spielabend im Lokal Gentel, Reiminger Straße 8, Anfang 8 Uhr.

Schöneberg. Jugendbildungsverein. Sonnabend und Sonntag Fahrt nach Kloster Chorin. Treffpunkt: Sonnabend, abends 10 Uhr, Kaiser-Wilhelms-Platz, Bahngeld 2,80 M.

Wilmow, den 26. Juli: Mitgliederversammlung, Hauptstr. 5, Anfang 8 Uhr.

Allgemeine Familienherbefe. Sonntag, den 23. Juli, Zahl- und Kaufmännischer Verein. 3-6 Uhr im Restaurant Gertr. 12/13, und Ludow. Str. 14.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groh-Berlin. Sonntag, den 23. Juli, Familienausflug nach dem Winterwald. Treffpunkt: Rahmstraße zwischen 2 und 3 Uhr, im Restaurant Radz, Neue-Str. 82. Gäste sind gern gesehen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Vielwolke heiter, aber noch veränderlich. Deftig der Ober stellenweise etwas Regen. Ostwärts fortgeschreitende langsame Erwärmung.